

1/1998

Generalsekretär Peter Hintze: *Adersen/2*

## Unser Wahlziel: Koalition der Mitte

„Mit großem Optimismus geht die CDU in das wichtige Wahljahr 1998.“ So hat Generalsekretär Peter Hintze die Diskussion des Parteivorstands auf seiner Klausurtagung am 9. und 10. Januar in Windhagen bei Bonn zusammengefaßt und auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus ein hohes Maß an Geschlossenheit sowie eine außerordentliche Entschlossenheit der CDU festgestellt.

Einhellig war der Bundesvorstand in der Koalitionsfrage der Auffassung des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, gefolgt: Die Koalition der Mitte wird auch über 1998 hinaus fortgesetzt. Eine Große Koalition scheidet definitiv aus. Da die Sozialdemokraten zu einer konstruktiven Mitwirkung in einer Bundesregierung derzeit nicht in der Lage sind, wäre eine Große Koalition ein gelähmter Riese.

Generalsekretär Peter Hintze: „Blockade im Bundesrat, innerparteiliche Flügelauseinandersetzungen und der fortgesetzte Kandidaturstreit von Lafontaine und Schröder zeigen mehr als deutlich, daß von der SPD an konstruktiver Mitwirkung nichts zu erwarten ist.“

Die Freien Demokraten – dessen war sich der CDU-Bundesvorstand sicher – werden auch diesmal den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde schaffen, und zwar auch ohne „Leihstimmen“ von der CDU.

(Fortsetzung auf Seite 3)

### HEUTE AKTUELL

- **Kreditaufnahme**  
Bundesausgaben fest im Griff. Deutschland wird am EURO teilnehmen. Seite 7
- **Konjunktur**  
OECD: Positive Wirtschaftserwartung für Deutschland. Seite 8
- **Steuerreform**  
Die Entscheidung müssen nun die Wähler treffen. Seite 9
- **Bundeswehr**  
Weitere Verbesserungen für unsere Wehrpflichtigen. Seite 14
- **Innere Sicherheit**  
Sogenannter Lauschangriff: Für die Organisierte Kriminalität wird es ungemütlich. Seite 20
- **Technologie**  
Jürgen Rüttgers: Deutschland auf dem Weg zum High-Tech-Land. Seite 26
- **Kurz & bündig**  
ARGUMENTE. Für eine große Steuerreform, die diesen Namen auch verdient. Seite 33/34
- **Dokumentation**  
SPD-Mißwirtschaft in den Ländern: Finanz- und Haushaltspolitik unsolid und unseriös. Zahlen, Daten, Fakten. Grüner Teil

## Kurz &amp; gut

Ehrenbürger  
von London

soll nach einem Bericht der BBC Bundeskanzler Helmut Kohl werden. Mit dieser Auszeichnung will die britische Hauptstadt die Verdienste Kohls um die europäische Einigung und die Wiedervereinigung Deutschlands würdigen. Der deutsche Bundeskanzler ist der erste europäische Politiker außerhalb Großbritanniens, dem diese Würde verliehen wird.

Deutlich mehr  
Lehrstellen

im Industrie- und Dienstleistungsbereich erwartet der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) 1998. 300.000 neue Lehrverträge nannte DIHT-Hauptgeschäftsführer Franz Schoser als Ziel. 1997 waren es rund 286.000 Ausbildungsplätze, die zur Verfügung gestellt werden konnten.

Verbesserungen  
für Soldaten

Einen Mobilitätszuschlag in Höhe von einer Mark täglich erhalten Wehrpflichtige ab 1. Juli 1998, die zwischen 30 und 50 Kilometer vom Dienstort entfernt wohnen. Der Wehrsold soll zum Ausgleich der allgemeinen Preisentwicklung ab 1. Januar 1999 ebenfalls um 1 Mark angehoben werden. Das hat am 17. Dezember das Bundeskabinett beschlossen.

Aussiedlerzahl  
sinkt weiter

Rund 25 Prozent weniger Aussiedler als noch vor einem Jahr sind 1997 nach Deutschland gekommen: 134.419. 1996 waren es 177.751. Aussiedlerbeauftragter Horst Waffenschmidt: Die Hilfen der Bundesregierung für die Rußlanddeutschen in der ehemaligen Sowjetunion haben viele, die hätten ausreisen können, zum Bleiben bewogen.

## Deutsche Wirtschaft wieder auf deutlichem Wachstumskurs

Ein reales Wachstum von 2,4 Prozent, das sich 1998 auf 3 Prozent beschleunigen wird, erwartet für das Jahr 1997 die OECD in Deutschland.

Sie sieht sogar gute Chancen, daß die Exportkonjunktur den Aufschwung noch stärker beflügeln könnte. Kanzleramtschef Friedrich Bohl: "Die optimisti-

sche Gesamteinschätzung für Deutschland ist um so höher zu bewerten, als die Analyse der Pariser Wirtschaftsexperten ansontst stark unter dem Ein-

druck der Währungsstabilisierungskrise in Südostasien steht." - Gute Ergebnisse bescheinigt die OECD der deutschen Konsolidierungspolitik. Das Maastricht-

Kriterium für die Verschuldung von 3 Prozent wird demnach 1997 eingehalten. Für 1998 und 1999 wird ein deutlicher Rückgang des Defizits vorhergesagt.

# CDU DAS WICHTIGSTE NR. 1 DER WOCHE AUF EINER SEITE

"Wir führen Deutschland in das 21. Jahrhundert." Unter diesem Motto werden wir den Bundestagswahlkampf führen und gewinnen.

Generalsekretär Peter Hintze in einem Brief an die Kreisverbände der CDU zum Neuen Jahr

## Schröder hat Niedersachsen an den Rand des finanziellen Zusammenbruchs gebracht

- Um 39 Prozent sind seit 1989 die Steuereinnahmen in Niedersachsen gestiegen.
- Um 69 Prozent sind im gleichen Zeitraum die Schulden in Niedersachsen gestiegen.
- 1996 mußte Niedersachsen 11,1 Prozent seines 40-Milliarden-Etats für Schuldentilgung und Zinszahlungen ausgeben (Bayern: 3,3 Prozent, Baden-Württemberg: 5,6 Prozent).
- In den zurückliegenden sieben Regierungsjahren Schröders hat das Land rund 25 Milliarden Mark Schulden gemacht. In den vorangegangenen 44 Jahren waren es insgesamt nur 37 Milliarden Mark.

### "Nach mir die Sintflut"

Die Zahlen sprechen für sich. "Doch die Landesregierung scheint", so kommentiert die Hannoverische Allgemeine, "die Aussicht auf einen möglichen Staatsbankrott keineswegs zu schrecken. Nicht einmal vorgesorgt hat das Land, wie es jeder Privathaushalt in der Regel tut." Das ist Politik nach dem Prinzip "Nach mir die Sint-

flut". Entsprechend unverfroren greift die Regierung Schröder den Kommunen in die Tasche: 560 Millionen Mark kostet z.B. die niedersächsischen Städte und Gemeinden eine Einheitsumlage, die es sonst in keinem anderen Bundesland in Deutschland gibt. Dreimal in dieser Legislaturperiode hat der niedersächsische Staatsgerichtshof in Bückeburg die Finanzpolitik Schröders als "Verfassungsbruch" verurteilt: 1997 die um eine Milliarde Mark zu hohe Schuldenaufnahme sowie willkürlich hoch angesetzte Erstattungsforderungen an die Kommunen.

**Trotzdem:** Im Doppelhaushalt 1997/98 fehlen bei höchster Verschuldung, Notverkäufen und Eingriffen in die kommunalen Haushalte noch 3,8 Milliarden Mark.

**Dazu kommt:** Die Zinsbelastungen im Verhältnis zu den Steuereinnahmen des Landes (Zins-Steuer-Quote) haben in Niedersachsen den vom Bundesverfassungsgericht festgelegten Referenzwert von 13,7 Prozent überschritten.

**Fazit:** Schröder hat das Land an den Rand des finanziellen Zusammenbruchs gebracht.

### EURO - find' ich gut!

92 Prozent der deutschen Manager haben sich in einer Umfrage des Hamburger "Manager Magazins" für die neue Europa-Währung ausgesprochen. Nur acht Prozent wären dagegen. 86 Prozent der deutschen Führungskräf-

te sehen auch das eigene Unternehmen gut oder sehr gut auf den EURO vorbereitet, während 43 Prozent der französischen Manager der Meinung sind, daß ihre Firma nur unzureichend für das neue Geld gerüstet sei.

### Lebensleistung anerkannt

Schulische, berufliche und akademische Abschlüsse aus DDR-Zeiten sind denjenigen aus den alten Bundesländern gleichzustellen. Das hat Mitte Dezember das Bundesverwaltungsgericht in Berlin entschieden. Paul Krüger, Sprecher

der ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten: "Damit wird klargestellt, daß zu DDR-Zeiten er worbene Abschlüsse auch dann Bestand haben, wenn die Ausbildungsinhalte von westdeutschen Lehrplänen abwichen."

(Fortsetzung von Seite 1)

Peter Hintze: „Die Analyse der Situation hat gezeigt, daß es die FDP aus eigener Kraft schaffen kann. Und wir sagen auch: Sie muß es aus eigener Kraft schaffen.“

### Zur Formationsfrage

Die Alternative ist klar: Bei der Bundestagswahl am 27. September geht es darum, ob Deutschland von einer Koalition der Mitte aus Union und FDP oder von einem Linksbündnis aus SPD, Grünen und PDS ins nächste Jahrhundert geführt wird.

Peter Hintze: „Daran ändern auch die Nebelkerzen nichts, die aus dem Ollenhauer-Haus geworfen werden. Daß die SPD von dieser Konstellation ablenken will, können wir gut verstehen. In der Bevölkerung herrscht nämlich großes Unbehagen über Rot-Grün; und das Unbehagen wird noch verstärkt, wenn Rot/Grün in Nordrhein-Westfalen vorführen, was eine solche Regierung für Deutschland bedeuten würde: nämlich Blockade von Arbeitsplätzen, Lähmung der wirtschaftlichen Entwicklung, um nur die schlimmsten der fatalen Folgen zu nennen.“

Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich auch darüber im klaren sind: 1998 könnte die PDS mit Hilfe der SPD an einer Regierung beteiligt werden. Schlimmer noch: Eine rot-grüne Regierung könnte von der PDS sogar abhängig sein.

Peter Hintze: „Das wäre ein Skandal. Das darf es und kann es nicht geben. Wir werden im Wahlkampf auf diese Gefahr aufmerksam machen. Wir sind der Überzeugung, daß unsere feste Haltung in dieser Frage in ganz Deutschland ungeteilte Zustimmung finden wird.“

### Zur demoskopischen Lage

Peter Hintze: "Wir haben in diesem Jahr noch ein gutes Stück gründlicher Arbeit zu leisten; vor allem deshalb, weil wir es auch dieses Jahr wie Anfang 1994 mit

Umfrageergebnissen zu tun haben, auf denen wir nicht ausruhen können, die uns aber zu der notwendigen Kraftanstrengung anspornen, mit der allein Wahlsiege gelingen können.“

Umfrageergebnisse sind keine Wahlergebnisse. Und eine ARD-Umfrage, die nicht wie die übliche Sonntagsfrage das Wahlverhalten ermittelt, sondern nach der Erwartung der Bevölkerung fragt, zeigt denn auch: 50 Prozent glauben, daß die Union mit Bundeskanzler Helmut Kohl die Bundestagswahlen am 27. September gewinnen wird.

Peter Hintze: „In dieser Meinung drückt sich die Einschätzung der Mehrheit aus, die offensichtlich die Opposition nicht für ‚wechselfähig‘ hält.“

### Zu den zentralen Themen in diesem Wahljahr

#### Thema Nummer 1

ist wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsmarkt. Die Nürnberger Statistik spricht eine deutliche Sprache. Da kann es keinen beruhigen, wenn es – auf das westliche Bundesgebiet bezogen – heute netto mehr Arbeitsplätze gibt als noch 1989.

Weil die Nachfrage nach Erwerbsarbeit schneller gewachsen ist, als neue Arbeitsplätze geschaffen werden konnten, muß jetzt bei deutlich anziehender Konjunktur alles unternommen werden, um Arbeitslosen wieder zu einem Beschäftigungsverhältnis zu verhelfen.

Peter Hintze: „Niedrige Steuern für alle – für Arbeitnehmer wie für Unternehmen –, übersichtliche Steuergesetze mit weniger Ausnahmen und größere Gerechtigkeit bei Steuern und Abgaben machen unser Land wieder attraktiv für Investitionen in Arbeitsplätze. Die große Steuerreform ist der wichtigste Schlüssel für Wachstum und Beschäftigung. Aber Oskar Lafontaine

hat, wenn Sie so wollen, diesen Schlüssel in den Gully geworfen und dadurch das Reformvorhaben – bis zum Wahltag jedenfalls – vereitelt.“

Ebenfalls im engen Zusammenhang mit dem Thema wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsmarkt steht die Bildungspolitik.

Peter Hintze: „Auch wenn die Länderzuständigkeiten im föderalen Staatsaufbau nur konzertierte Aktionen zulassen, hat die Bundesregierung die Aufgabe, z. B. mit dem Hochschulrahmengesetz bundesweit Bedingungen zu schaffen, die Lehre, Forschung und Innovation fördern.“

## Zwei große Kongresse im Januar

● Forschung und Innovation stehen deshalb auch im Mittelpunkt eines Kongresses, der am 21. Januar im Bonner Maritim-Hotel stattfindet. Motto des Kongresses: „Das 21. Jahrhundert menschlich gestalten“.

● Existenzgründung ist das Thema eines zweiten großen Kongresses, den am 28. Januar die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Hannover organisiert und durchführt.

## Thema Nummer 2

das im Bundestagswahlkampf eine zentrale Rolle spielen wird, ist die Europäische Währungsunion.

Peter Hintze: „Wir feiern in diesem Jahr 50 Jahre Deutsche Mark. Der EURO wird die Fortsetzung der Erfolgsgeschichte der Deutschen Mark auf europäischer Ebene sein. Er ist die große Chance nicht nur für Deutschland, sondern für den ganzen Kontinent.“

Peter Hintze: „Der EURO soll in diesem Jahr durchgesetzt werden. Er ist schon jetzt ein großer politischer Erfolg. Er ist ein Schmuckstück unserer Europapolitik,

wir werden es polieren und vorzeigen. Die Bürgerinnen und Bürger werden auch weiterhin intensiv über unsere EURO-Politik informiert, denn wir wollen die Menschen vom Nutzen und von der Notwendigkeit des EURO überzeugen.“

Mit Freude hat der Bundesvorstand eine Erklärung des britischen Premierministers Tony Blair vor japanischen Geschäftsleuten in Tokio zur Kenntnis genommen, wonach auch Großbritannien möglichst rasch der Währungsgemeinschaft des EURO beitreten will.

## Thema Nummer 3

ist die Innere Sicherheit: zentrales Thema in einer zusammenwachsenden Welt, in der das Organisierte Verbrechen den freien Austausch von Waren und Informationen über Ländergrenzen hinweg dazu mißbraucht, weltweit zu operieren.

Der Schutz des einzelnen Bürgers vor Belästigung, Gewalt und anderen Formen der Kriminalität ist eine der wichtigen Aufgaben des Staates. Die Wähler haben am 27. September darüber zu entscheiden, wer sie wahrnehmen soll, in wessen Händen ihre Sicherheit am besten aufgehoben ist.

## Landtagwahlen in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

Die Landtagwahl in Niedersachsen am 1. März ist der erste Höhepunkt des Wahlkampfjahres 1998. Wahlziel der niedersächsischen CDU: Ablösung der Regierung Schröder durch die Koalition der Mitte aus CDU und FDP mit Christian Wulff an der Spitze.

Peter Hintze: „Wir werden mit allen Kräften in diesen Wahlkampf ziehen. Allein der Bundeskanzler wird zehn Termine in Niedersachsen wahrnehmen. Aber auch das Bundeskabinett, die Spitze der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der

## CDU-Kongreß „Innovationen“ live und europaweit in PHOENIX

**P**hoenix, der Ereignis- und Dokumentationskanal von ARD und ZDF, überträgt am 21. Januar 1998 ab 10.00 Uhr den Kongreß der CDU „Innovationen – wir gestalten das 21. Jahrhundert, menschlich“ in großen Teilen live und europaweit.

Alle Haushalte mit einer ASTRA 1C Satellitenanlage können PHOENIX direkt empfangen, und zwar über folgende Koordinaten:

- ASTRA 1C (19,2° Ost), Transponder 36, Down-Link-Frequenz 11,009 GHz, vertikale Polarisation.

Folgende Frequenzen sind an Ihrem Satellitenempfänger zu programmieren:

- 1.009 Mhz, vertikal (für ältere Anlagen), bzw.
- 1.259 Mhz, vertikal (für neuere Anlagen).

Partei Vorstand werden in diesem Wahlkampf präsent sein und Christian Wulff unterstützen.“

Die dann nächste Landtagswahl findet am 26. April in Sachsen-Anhalt statt. Diese Wahl ist schon deshalb von grundsätzlicher Bedeutung, weil die Sozialdemokraten in Sachsen-Anhalt nicht nur ein vor der letzten Wahl gegebenes Versprechen gebrochen haben, sondern auch ein von den demokratischen Parteien bisher respektiertes Tabu: Sie haben die SED-Nachfolgepartei PDS als stillen Teilhaber in ihre rot-grüne Landesregierung eingebunden, um so die Macht zu sichern.

Peter Hintze: „Unser Wahlziel in Sachsen-Anhalt ist der Ausbau unseres ersten Platzes als stärkste Partei. Wir wollen in Sachsen-Anhalt so stark werden, daß es dort in Zukunft nur eine Regierung unter CDU-Führung mit Christoph Bergner an der Spitze geben kann.“

### Zur Kurdenfrage:

Nach einem Bericht von Bundesinnenminister Manfred Kanther hat der Bundesvorstand bekräftigt: Aufgabe der Christlichen Demokraten bleibt es, die Menschenrechte weltweit zu wahren und durchzusetzen.

Diese Aufgabe hat aber nichts damit zu tun, daß man Schlepper- und Schleuserbanden gewähren läßt, die in der Notlage der Kurden ihr Geschäft entdeckt haben und den Menschen mehrere tausend Dollar dafür abnehmen, um sie außer Landes zu bringen. Dabei veranlassen nicht immer Bedrohung und Verfolgung die Kurden zur Flucht nach Italien und – vor allem – nach Deutschland. Es sind wirtschaftliche Gründe, die die meisten von ihnen in Bewegung setzen.

Peter Hintze: „Wir als Deutsche haben die Pflicht, uns in der Menschenrechtsfrage zu engagieren. Aber fest steht auch: Wir können die Minderheitenfragen anderer großer Länder nicht in Deutschland lösen. Wir müssen deshalb erreichen, daß sich die europäischen Staaten dieser Fragen gemeinsam annehmen.“

### Grundsteinlegung in Berlin

Schließlich erinnerte der Generalsekretär an den Beschluß der CDU, ihre Bundesgeschäftsstelle im Jahr 2000 – also im Jahr nach der Europawahl – nach Berlin zu verlegen. Der Umzug wird in der Sommerpause stattfinden. Grundsteinlegung des neuen Hauses am Klingelhöfer Dreieck: am 20. August dieses Jahres. ■

# Bundesregierung beschließt BAföG-Anhebung

**BAföG soll zum Juli 1998 um 2 Prozent, und die Elternfreibeträge sollen um 6 Prozent steigen. Das hat am 13. Januar das Bundeskabinett beschlossen.**

Damit wird der BAföG-Höchstsatz nach Worten von Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers von 995 Mark auf 1.010 Mark monatlich angehoben. Das hatten die Regierungschefs von Bund und Ländern im Dezember verabredet.

Auf den Bund kommen dadurch nach Angaben Rüttgers in diesem Jahr Mehrkosten von 59 Millionen Mark und im kommenden Jahr von 172 Millionen zu. Die Länder haben dadurch in den nächsten vier Jahren rund 300 Millionen Mark Mehrausgaben. Rüttgers bezeichnete die

Novelle als wichtigen Schritt zur Hochschulreform, denn sie bereite die Einführung international bekannter Studienabschlüsse vor. Nach einem Bachelor-Abschluß werde auch ein Master-Studium in demselben Studienfach durch das BAföG gefördert.

Das Kabinett beauftragte Rüttgers außerdem, bis Anfang März einen Gesetzentwurf zur Neugestaltung des BAföG nach dem „Bayern-Modell“ vorzulegen. Die Ausbildungsförderung soll danach unabhängig vom Einkommen der Eltern bleiben. Anders als bisher müßten dann aber auch für das Kindergeld und die Steuerfreibeträge der Eltern regelmäßig Studienleistungen nachgewiesen werden.

## Wichtige CDU-Termine im Wahljahr 1998

### 1. März

Landtagswahlen in Niedersachsen

### 14. März

Wahlkampfauftakt in Magdeburg, Sachsen-Anhalt

### 22. März

Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein

### 28. März

Kongreß „Innere Sicherheit“ in Halle

### 20. April

Kongreß „10 Jahre Senioren-Union“ in Bonn

### 26. April

Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

### 4. – 9. Mai

Aktionswoche zu Europa und EURO

### 17. – 19. Mai

10. Parteitag in Bremen

### 6. Juni

50 Jahre Frauen-Union in Frankfurt/Main

### 20. August

Grundsteinlegung der neuen CDU-Bundesgeschäftsstelle in Berlin

### 23. August

Eröffnung des Bundestagswahlkampfes in der Dortmunder Westfalenhalle

### 13. September

Landtagswahl in Bayern

### 27. September

● Bundestagswahl

● Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern

● Kommunalwahl in Brandenburg

## Haushaltsabschluß 1997

# Bundesausgaben fest im Griff

**Zum Haushaltsabschluß des Jahres 1997 erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Roth:**

Die Ausgaben des Bundes lagen 1997 mit 441,9 Mrd DM auf dem Niveau des Jahres 1993; das ist Ausdruck einer auch an Zahlen meßbaren Konsolidierungspolitik. Der Anteil der Bundesausgaben am deutschen Bruttoinlandsprodukt (BIP) von über 3.600 Mrd DM liegt bei nur noch 12 v H; 1982 lag diese Quote ohne die Belastungen aus dem Wiederaufbau der neuen Länder bei 15,4 v H. Die Nettokreditaufnahme des Bundes liegt mit 64,6 Mrd DM um über 6 Mrd DM unter dem Ansatz des Nachtrags; ihr Anteil am BIP beläuft sich auf 1,8 v H gegenüber 2,3 v H im Jahr 1982.

Der Erfolg der Konsolidierungspolitik der Koalition wird auch daran deutlich, daß die Nettokreditaufnahme 1997 um rd. 14 Mrd DM unter der Neuverschuldung des Vorjahres 1996 blieb. Dies ist um so bemerkenswerter, als die Arbeitsmarktausgaben des Bundes etwa auf dem Niveau des Jahres 1996 (39,4 Mrd DM) verharrten und die Ausgaben des Bundes für die gesetzliche Rentenversicherung um rd. 6 Mrd DM auf nunmehr 86,4 Mrd DM angestiegen sind.

Die „Achillesferse“ des Bundeshaushalts ist die Entwicklung der Steuereinnahmen. Die Erosion der Steuerbasis unterstreicht die Notwendigkeit der von der Koalition vorgeschlagenen grundlegenden Steuerreform.

## Deutschland wird am EURO teilnehmen

**Am 13. Januar teilte die Regierungskoalition nach einer Runde bei Bundeskanzler Helmut Kohl mit, daß Deutschland am EURO teilnehmen können wird. Wie Bundesfinanzminister Theo Waigel bestätigte, lag die Nettokreditaufnahme des Bundes im entscheidenden Referenzjahr bei 64,4 Milliarden DM.**

Dies sind 6,2 Milliarden unter dem Soll des Nachtragshaushalts 1997 und 14 Milliarden DM weniger als die Neuverschuldung des Jahres 1996. Damit gibt es einen positiven Einfluß von 0,2 Prozentpunkten im Hinblick auf

die Erfüllung des Maastrichter Defizitkriteriums zur Europäischen Währungsunion. Dieser sparsame Haushaltsvollzug konnte die Regierungskoalition ohne Steuererhöhung erreichen.

In den letzten Tagen wurden bereits aus Belgien und Italien bessere Defizitwerte als erwartet gemeldet. Der Vorwurf von vier Professoren, die am 12. Januar beim Bundesverfassungsgericht eine Klage gegen den EURO einreichten: die Kriterien des Maastrichter Vertrags könnten nicht eingehalten werden – erweist sich als unbegründet.

# Positive Wirtschaftserwartung für Deutschland

**Der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl, erklärte zu der am 17. Dezember veröffentlichten wirtschaftlichen Vorausschau der OECD:**

Die neuen Prognosen der OECD belegen eindrucksvoll, daß sich die deutsche Wirtschaft wieder auf deutlichem Wachstumskurs befindet. Für dieses Jahr erwartet die OECD für Deutschland ein reales Wachstum von 2,4 Prozent, das sich 1998 auf 3 Prozent beschleunigen wird. Die OECD sieht sogar gute Chancen, daß die robuste Exportkonjunktur den Aufschwung noch stärker beflügeln könnte.

Diese optimistische Gesamteinschätzung für Deutschland ist um so höher einzuschätzen, als die Analyse der Pariser Wirtschaftsexperten ansonsten stark unter dem Eindruck der Währungskrise in Südostasien steht. Nach den Modellrechnungen der OECD könnten die Turbulenzen an den asiatischen Finanzmärkten Abschlüge beim Wachstum der übrigen Weltwirtschaft im nächsten Jahr zur Folge haben.

## Kurs der Bundesregierung eindrucksvoll bestätigt

Angesichts der günstigen wirtschaftlichen Grundbedingungen in Deutschland sieht die OECD erfreulicherweise keine Veranlassung, das positive Zahlenwerk für Deutschland zu verändern. Dies bestätigt den Kurs der Bundesregierung, die von ähnlichen Wachstumserwartungen für das kommende Jahr ausgeht.

Besonders hervorzuheben ist, daß Deutschland aus Sicht der OECD im kommenden Jahr bei Wachstum und Inflation besser abschneiden wird als der Durchschnitt der OECD-Länder. 1998 und 1999

wird demnach das wirtschaftliche Wachstum bei uns im Vergleich zu den USA und Japan, aber auch im Vergleich zur Europäischen Union an der internationalen Spitze liegen. Dies beginnt sich nach den OECD-Prognosen im nächsten Jahr auch positiv auf den Arbeitsmarkt auszuwirken.

Gute Ergebnisse bescheinigt die OECD zudem der entschlossenen Konsolidierungspolitik der Bundesregierung. Das Maastricht-Kriterium für die Neuverschuldung von 3 Prozent wird demnach in diesem Jahr eingehalten. Für 1998 und 1999 wird ein deutlicher Rückgang des Defizits vorhergesagt.

Insgesamt unterstreichen die OECD-Zahlen eindrucksvoll die Richtigkeit der von der Bundesregierung eingeschlagenen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Erfolge beim wirtschaftlichen Wachstum kommen nicht von selbst. Die Koalition hat mit der Renten-, Gesundheits- und Postreform den zukunftssichernden Innovationskurs für Deutschland eingeleitet; dies gilt auch für die von der Koalition unverändert gewollte und volkswirtschaftlich notwendige Steuerreform.

## Neuer Informationsservice

Die Bundesgeschäftsstelle bietet für das Wahljahr einen neuen Service an. Zur Information über aktuelle politische Themen steht ab dem 1. Februar neben den aktuellen Angeboten in Internet und T-Online eine „**Fax auf Abruf**“-Möglichkeit zur Verfügung.

Unter der Telefaxnummer: **01 80-5-21 35 00** können täglich aktualisierte (ca. 16.00 Uhr) politische Informationen abgerufen werden (Gebühr: DM 0,46/min).

# Steuerreform: Die Entscheidung müssen nun die Wähler treffen

**Eine deutliche und ausgewogene Senkung aller Steuersätze bei Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer ist nach wie vor das Ziel der Koalition.**

Über die Weihnachtsfeiertage und „zwischen den Jahren“ könnte der Eindruck entstanden sein, daß die große Steuerreform kein Thema mehr ist. In der Fülle der Nachrichten schon in den ersten Tagen des neuen Jahres über Kurdenflucht, Telekom-Ablöse-Gebühren, Massaker in Algerien, FDP, Rot/Grün in NRW und Garzweiler droht unterzugehen:

„Die Koalition hält an ihrem im Sommer vom Deutschen Bundestag beschlossenen Petersberger Konzept zur Steuerreform fest.“

Nach einer Koalitionsrunde der Partei- und Fraktionsvorsitzenden von CDU, CSU und FDP unter Vorsitz von Bundeskanzler Helmut Kohl hat Kanzleramtschef Friedrich Bohl das noch einmal bekräftigt.

## **Erneute Gespräche mit der SPD machen keinen Sinn**

Die Koalition ist sich allerdings auch darüber klar geworden: Erneute Gespräche

mit der SPD über die Steuerreform machen keinen Sinn.

Friedrich Bohl: „Die SPD ist zu einer ausgewogenen Senkung der Steuersätze und damit zu einer sachgerechten Tarifgestal-

**Die Steuerbeschlüsse der Koalition kurz & bündig: siehe ARGUMENTE Seite 33/34**

tung und notwendigen Verlagerung von direkten auf indirekte Steuern nicht bereit.“

Bundesfinanzminister Theo Waigel: „Wenn die SPD nur mit ihrer alten Neidkampagne um den Spitzensteuersatz kommt, dann macht es keinen Sinn, weiter zu verhandeln.“

Die Entscheidung über die Steuerreform müssen nun die Wählerinnen und Wähler bei der Bundestagswahl am 27. September treffen.

## **10 Millionen für Städtepartnerschaften**

Das Europäische Parlament hat in seiner letzten Plenarwoche im letzten Jahr einen guten Erfolg zu verzeichnen. Es konnte entscheidend dazu beitragen, daß die Geldmittel zur Förderung von Städtepartnerschaften von 5 auf 10 Millionen Mark erhöht werden konnten. Diese Erhöhung wurde nicht durch die Erhöhung der Haushaltsmittel, sondern durch Streichung in anderen Bereichen möglich.

**Karl-Heinz Florenz, MdEP:** Seit Einführung dieses Programms zur Förderung von Städtepartnerschaften hat die Europäische Kommission rund 18 000 Städte und Gemeinden in ganz Europa bei Austauschmaßnahmen unterstützt. Die europäische Kommission fördert solche Maßnahmen, weil sie zur Annäherung der Völker beitragen und das europäische Bewußtsein fördern.

## Die Arbeitslosenzahl bleibt unakzeptabel hoch

**Der Sprecher der Bundesregierung, Peter Hausmann, erklärte am 9. Januar zu den neuesten Arbeitsmarktzahlen:**

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Dezember um 200.000 auf 4,52 Millionen gestiegen. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit ist zum weitaus größten Teil auf jahreszeitliche Einflüsse zurückzuführen. Die Arbeitslosenzahl bleibt unakzeptabel hoch. Die Bundesregierung hat in den vergangenen zwei Jahren ein umfangreiches Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung auf den Weg gebracht und durchgesetzt.

Bei den Maßnahmen der Bundesregierung sind besonders hervorzuheben die Gesundheits- und Rentenreform, die Reformen der Arbeitsförderung und der gesetzlichen Entgeltfortzahlung, die Flexibilisierung des Arbeitsrechts, die Abschaffung der investiti-

onsfeindlichen Vermögens- und Kapitalsteuer sowie die Senkung des Solidaritätszuschlages. Diese Reformen schaffen ein gutes Umfeld für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland.

---

### Der Aufschwung wird den Arbeitsmarkt entlasten

---

Für die deutsche Wirtschaft ist nun 1998 ein Wirtschaftswachstum von bis zu drei Prozent zu erwarten. Der Aufschwung wird den Arbeitsmarkt – wenn auch nicht mehr so schnell wie früher – entlasten. Nur Investitionen und Wirtschaftswachstum führen auf Dauer zu mehr Arbeitsplätzen. Die Verbesserungen durch die Reformanstrengungen der Bundesregierung müssen jetzt verstärkt genutzt werden, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.

## Ohne Kommentar

- Die Schneider-Rundfunkwerke wollen eine 1996 nach Ungarn ausgelagerte Fertigung von Fernsehgehäusen zur Jahresmitte nach Untertürkheim zurückholen.
- Der Batterierhersteller Varta aus Hannover hat bereits seine Knopfzellen-Produktion in Singapur geschlossen und fertigt seit Anfang Januar die Batterien am Rande der Schwäbischen Alb in Ellwangen.
- Siemens-Nixdorf hat ein Werk in den USA dichtgemacht.
- Das Elektronikunternehmen Visolux hat Produktionen in Tschechien und in Südostasien gestoppt. Es läßt fast nur noch in Berlin herstellen.
- Der Motorsägen-Hersteller Stihl hat einen Teil der Fertigung von Japan wieder nach Waiblingen verlegt.
- Der Maschinenbauer Excello in Eislingen hat sich von seiner gesamten Maschinenproduktion in Tschechien und Ungarn getrennt.
- Der Heizungsbauer Vaillant hat beschlossen, das geplante Werk in Tschechien nicht zu bauen.
- Der Elektronikhersteller Sennheiser hat eine Fertigungslinie aus China zurückgeholt.

# Mehr als 8000 Arbeitsplätze durch Innovationssprung bei Mikroelektronik-Fertigung

**Anlässlich des Starts von Europas größtem Elektronikprojekt erklärte der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Lenzer:**

Investitionen in High-Tech zahlen sich aus: Das jetzt in enger Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Forschung und Staat begonnene Elektronikprojekt „300 plus“ sichert in Deutschland während der Bau-phase etwa 13.000 Arbeitsplätze und danach rd. 8.000 Dauerarbeitsplätze. Kernpunkt des Vorhabens ist die kostengünstigere Produktion von Mikrochips. Der entscheidende technologische „Quantensprung“ dazu ist der Übergang von den in der jetzigen Produktion benutzten einkristallinen Siliziumscheiben (Wafer) von 200 Millimeter Durchmesser auf 300 Millimeter Durchmesser und größer. Bei gleicher Chipgröße können so in einem Arbeitsgang mehr Chips pro Siliziumscheibe oder weniger, aber dafür größere Chips kostengünstiger gefertigt werden. Expertenschätzungen zufolge lassen sich die Herstellungskosten der Halbleiterchips um bis zu 40% senken, obwohl die 300 Millimeter-Wafer und das zu ihrer Verarbeitung erforderliche Equipment sehr viel teurer sind. Dies ist im weltweit boomenden Halbleitermarkt ein entscheidender Wettbewerbsvorteil.

Mit dem Projekt „300 plus“ werden rund 5,5 Mrd. DM High-Tech-Ausgaben angestoßen, davon 4,3 Mrd. DM Investitionen. Die Federführung liegt bezüglich der Produktion mit 300-Millimeter-Silizium-Wafern bei den Firmen Siemens und Motorola in Dresden, bei der Weiterentwicklung

der Wafer zu noch größeren Durchmessern bei der Firma Wacker in Burghausen/Bayern.

Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) wird in den nächsten Jahren zwei Forschungsvorhaben innerhalb des Gesamtprojektes, die die Grundlagenforschung auf den Gebieten der Materialien, Geräte und Herstellungsverfahren für die Chips vorantreiben soll, mit zusammen rund 250 Mio. DM fördern. Insgesamt sind ca. 50 Firmen und Institute an den Forschungsarbeiten beteiligt. Kosten und Risiko der Entwicklung sind hoch, da ein einfaches Anpassen der herkömmlichen Technologie nicht möglich ist. Völlig neuartige Verfahren, Schritte und entsprechende Ausrüstungen sind zu entwickeln und zu erproben.

Der Übergang zur Chipfertigung auf Wafer mit 300 Millimeter Durchmesser ist die entscheidende technologische Herausforderung, die die Halbleiterindustrie in den nächsten Jahren weltweit zur bewältigen hat. Nur die Beherrschung dieser neuen Technologie sichert langfristig die Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß mit der Produktion in Deutschland – und sogar unter Beteiligung einer amerikanischen Halbleiterfirma – die deutsche und europäische Industrie die Chance hat, diesen Innovationssprung der Mikroelektronikfertigung und -forschung aktiv mitzugestalten. Die Aufholjagd auf diesem Gebiet der Mikroelektronik geht damit über in einen Wettbewerb um die weltweite Spitzenposition. ■

## DDR-Ausbildungen anerkannt

**Zur Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, schulische, berufliche und akademische Abschlüsse aus DDR-Zeiten denjenigen aus den alten Bundesländern gleichzustellen, erklärte der Sprecher der ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten, der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Krüger:**

Ich begrüße diese Entscheidung. Damit wird klargestellt, daß zu DDR-Zeiten erworbene Abschlüsse auch dann Bestand haben, wenn die Ausbildungsinhalte von westdeutschen Lehrplänen abweichen. War das durch die Ausbildung vermittelte Qualifikationsniveau gleich, braucht es für die Anerkennung des Abschlusses auch keine „Nachqualifikation“ des Absolventen.

Für Tausende Betroffener aus vielen Berufsgruppen wird damit Rechtssicherheit und Chancengleichheit geschaffen. Vor allem wird damit die in den Ab-

schlüssen dokumentierte Ausbildungs- und Lebensleistung von Bürgern mit DDR-Biographie zutreffend gewürdigt.

### **Für viele heißt das: bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt**

Indirekt anerkannt wird damit auch, daß die Andersartigkeit von DDR-Ausbildungen nicht unbedingt bedeutet, daß ihr Ausbildungsgehalt schlechter war, sondern daß auf manchen Feldern – insbesondere im naturwissenschaftlich-technischen Bereich – die Ausbildungen in der DDR auch besondere Stärken hatten. Es ist zu hoffen, daß diese Einschätzung des Qualifikationsniveaus sich auch entsprechend positiv auf Personalentscheidungen von Arbeitgebern auswirkt. Ich gehe davon aus, daß das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vielen Betroffenen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnen kann.

## Gesetz zur Reform der Arbeitsförderung greift

**Zur Genehmigung der EU-Kommission bezüglich des in Berlin und den neuen Bundesländern gewährten Lohnkostenzuschusses bis zum Jahr 2002 erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Clemens Schwalbe.**

Die Genehmigung des Lohnkostenzuschusses Ost im Rahmen des Maßnahmenkataloges des Arbeitsförderungsreformgesetzes durch die EU-Kommission beweist, daß die Arbeit der CDU/CSU-FDP-Koalition zur Bekämpfung

der Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern und in Berlin auch europaweit Zustimmung findet und mit den Beihilfegesetzen der EU in Einklang steht.

Das Instrumentarium des Lohnkostenzuschusses, das künftig nur noch in Verbindung mit Bildungsmaßnahmen eingesetzt wird, führt zu besserer Qualifizierung der Arbeitnehmer, verhindert Langzeitarbeitslosigkeit und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der verstärkt in Ostdeutschland auftretenden Arbeitslosigkeit.

# Die ostdeutsche Bevölkerung profitierte vom Wirtschaftsumbau

**Nach Einschätzung des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) hat die ostdeutsche Bevölkerung stärker am Umbau der Wirtschaft teilgenommen, als es die Privatisierung durch die Treuhandanstalt erwarten ließ.**

Als Folge des Gründungsgeschehens befänden sich rund vier Fünftel aller Betriebe in ostdeutschem Eigentum, ermittelte das IWH in einem von der Enquete-Kommission „Überwindung und Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ in Auftrag gegebenen Gutachten. 14 Prozent der Betriebe gehörten westdeutschen oder ausländischen Investoren und fünf Prozent seien Eigentum von Bund, Ländern und Gemeinden.

In den Unternehmen ostdeutscher Inhaber arbeite etwa die Hälfte aller Beschäftigten. Beim Geschäftsvolumen liege ihr Anteil mit einem Drittel geringfügig unter dem der Nichtansässigen. Im produzierenden Gewerbe sprächen die Größenverhältnisse deutlicher zugunsten westdeutscher und ausländischer Investoren als in der Gesamtwirtschaft. Ostdeutsche Eigentümer realisierten zwei Fünftel, westdeutsche und ausländische Investoren reichlich die Hälfte des gesamten Geschäftsvolumens. Bei Stammkapital sei das Übergewicht der westdeutschen und ausländischen Eigentümer wegen des Aufbaus moderner Produktionsstätten mit kapitalintensiven Arbeitsplätzen noch etwas spürbarer.

## Ostdeutsche Unternehmen im Aufwind

**Zum Ergebnis der Untersuchung des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Clemens Schwalbe:**

Nach den Ergebnissen der Untersuchung des IWH ist die Situation vieler Unternehmen in den neuen Bundesländern nach eigenen Angaben gut und die Aussichten für die Zukunft werden als positiv bewertet.

Die Untersuchung, die von der Enquete-Kommission des Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ erstellt worden ist, hat darüber hinaus festgestellt, daß kleine und

mittlere Unternehmen sich überwiegend, d. h. zu vier Fünfteln, in ostdeutschem Eigentum befinden.

Auch die Entwicklung der Vermögenslage der ostdeutschen Haushalte hat sich im Untersuchungszeitraum von 1990 bis 1996 stark verbessert. Das Geldvermögen erhöhte sich in dieser Zeit um das 2,5fache. Zudem verfügt jeder vierte Haushalt über Grundbesitz.

Obwohl gewisse Industriezweige, insbesondere die Bauindustrie, mit erheblichen Problemen zu kämpfen hat und die Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern nur durch große Kraftanstrengungen überwunden werden kann, gibt das Ergebnis der Studie Anlaß zu Optimismus.

# Weitere Verbesserungen für unsere Wehrpflichtigen

**Zum Kabinettsbeschluß, den Mobilitätszuschlag für Wehrpflichtige zum 1. Juli 1998 weiter auszudifferenzieren und den Wehrsold zum 1. Januar 1999 zu erhöhen, erklärten der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer, und der Berichterstatter für die Wehrpflicht, Jürgen Augustinowitz:**

Das Bundeskabinett hat beschlossen, Wehrpflichtigen, die zwischen 30 km und 50 km vom Dienstort entfernt wohnen, ab 1. Juli 1998 einen Mobilitätszuschlag in Höhe von DM 1,00 täglich zu zahlen. Zugleich wird beschlossen, den Wehrsold zum 1. Januar 1999 um DM 1,00 täglich anzuheben. Das Bundeskabinett folgt damit einem Antrag, den die CDU/CSU bei den Beratungen zum Bundeshaushalt 1998 im Verteidigungsausschuß eingebracht hatte.

Der Mobilitätszuschlag stellt einen Ausgleich für besondere Belastungen dar, die den Grundwehrdienstleistenden durch die Abwesenheit vom Wohnort entstehen. Bereits zum 1. Januar 1996 hatte die CDU/CSU einen Mobilitätszuschlag in Höhe von DM 3,00 täglich für Entfernungen zwischen Wohnort und Dienstort von 50–99 km und von DM 6,00 täglich für Entfernungen zwischen Wohnort und Dienstort ab 100 km aufwärts durchgesetzt. Mit der jetzt erreichten, weiteren Ausdifferenzierung werden nahezu 75 % aller Wehrpflichtigen Mobilitätszuschlag bekommen. Die Wehrsolderhöhung ist notwendig, um darüber hinaus für alle Wehrpflichtigen einen Ausgleich für die allgemeine Preisentwicklung zu schaffen.

Mit den für 1998 und 1999 vorgesehenen Maßnahmen setzt die CDU/CSU ihre

Bemühungen zur spürbaren Verbesserung der materiellen Situation der Grundwehrdienstleistenden fort. Seit Beginn dieser Legislaturperiode hat die Koalition durch diverse Entscheidungen (Auszahlung doppelten Verpflegungsgeldes an Wochenenden und dienstfreien Tagen, Verkürzung der Beförderungszzeiten bei Mannschaften, Einführung und Ausdifferenzierung des Mobilitätszuschlages, Erhöhung des Wehrsoldes) Einkommensverbesserungen bei Wehrpflichtigen um bis zu 63 % erreicht.

## Nicht nur Sonntagsreden

Damit werden nicht nur Sonntagsreden für die allgemeine Wehrpflicht gehalten, sondern es wird im Alltag etwas für die Wehrpflichtigen erreicht.

Um den wehrpflichtigen Soldaten ein vergleichbares Einkommen zu sichern, hätte es einer reinen Wehrsolderhöhung um bis zu DM 9,10 täglich bedurft. Die von der Koalition erreichten Verbesserungen für Grundwehrdienstleistende liegen somit ganz erheblich über der von der SPD geforderten Wehrsolderhöhung um DM 2,00 täglich.

## Unnötig und schädlich

hat der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Paul Breuer**, die Einsetzung des Verteidigungsausschusses als Untersuchungsausschuß zur Untersuchung von Vorfällen in der Bundeswehr mit rechtsradikalem Hintergrund genannt. Seiner Meinung nach „hat die Führung der Bundeswehr selbst das geeignete Instrumentarium, um alle bekannten Vorfälle zu untersuchen und zu ahnden“.

# Wir werden unserer historischen Verantwortung auch über 50 Jahre nach Kriegsende gerecht

**Der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl, erklärte zu seinen Gesprächen mit dem Vizepräsidenten der Jewish Claims Conference, Herrn Rabbi Dr. Israel Singer:**

Vertreter der Bundesregierung und der Jewish Claims Conference haben sich in mehreren Gesprächsrunden intensiv mit Fragen zu den Entschädigungsleistungen für jüdische NS-Opfer in den mittel- und osteuropäischen Staaten befaßt. Dabei sind sie zu folgenden Vereinbarungen gekommen:

Die Jewish Claims Conference wird einen Fonds gründen, aus dem jüdische NS-Verfolgte in Osteuropa unterstützt werden, die notleidend sind und bislang keine Entschädigung erhalten haben.

Die Bundesregierung wird zu diesem Fonds einen Finanzbeitrag von 200 Mio. DM, verteilt auf 4 Jahre, beginnend 1999, leisten.

Die Modalitäten der Leistungen werden durch den Fonds selbst festgestellt werden. Dieser Fonds wird dieselben Kriterien anwenden, die für den Artikel-2-Fonds gelten.

Die Bundesregierung begrüßt es, daß die Jewish Claims Conference Bemühungen einleitet, um dem besonderen Verfolgungsschicksal der jüdischen NS-Opfer in Osteuropa mit einem Bündel von Maßnahmen gerecht zu werden. Sie hat ihre Bereitschaft erklärt, dies mit dem genannten Beitrag, der noch die Zustimmung des Haushaltsgesetzgebers finden muß, angemessen zu unterstützen.

Davon unbeschadet wird die Bundesregierung auf der Grundlage ihrer bisherigen Rechtsposition ihre Politik der Entschädigungsleistungen für NS-Opfer in Osteuropa konsequent fortfahren. Auch in den mittel- und osteuropäischen Ländern, in denen bisher keine Stiftungen für Entschädigungsleistungen an NS-Opfer eingerichtet sind, wird in Kürze mit der Auszahlung entsprechender Leistungen begonnen werden können.

Insgesamt hat die Bundesregierung damit allein seit 1991 fast 1,8 Mrd. DM für Entschädigungsleistungen an NS-Opfer in Osteuropa aufgewandt. Dies macht deutlich, daß die Bundesrepublik Deutschland ihrer historischen Verantwortung auch über 50 Jahre nach Kriegsende gerecht wird.

## Neun Milliarden Mark Schienen-Investitionen

Rund neun Milliarden DM sind 1997 in die Schienenwege investiert worden. Für die vier Jahre seit der Bahnreform ergibt sich damit einschließlich der Finanzierungsbeiträge der Deutschen Bahn AG (DB) eine Investitionssumme von insgesamt 35 Milliarden DM, wie

das Bundesverkehrsministerium mitteilte. Die Investitionen sollten in den Jahren 1998 bis 2002 weiter auf diesem Niveau fortgeführt werden, erklärte Verkehrsminister Matthias Wissmann. Der Schwerpunkt werde erneut bei der Schienen-Infrastruktur liegen.

# CDU fordert Neuwahlen und beschließt Aktionswoche „Pro Garzweiler“

**Im Anschluß an eine Sondersitzung des geschäftsführenden Landesvorstandes der CDU Nordrhein-Westfalen erklärte Generalsekretär Herbert Reul:**

50.000 Arbeitsplätze stehen bei Garzweiler II auf dem Spiel. Nordrhein-Westfalen braucht dringend diese Arbeitsplätze. Deswegen müssen spätestens bis zum Sommer die wasserrechtlichen Genehmigungen von den zuständigen Landesbehörden erteilt werden. Das Genehmigungsverfahren darf mit Rücksicht auf den Arbeitsmarkt und wegen der Glaubwürdigkeit staatlichen Handelns nicht weiter verschleppt werden. Wer glaubt, Garzweiler II ließe sich rechtlich noch aufhalten, der irrt. Die CDU NRW fordert deshalb jetzt eine klare Entscheidung der Grünen für oder gegen Garzweiler. An dieser Entscheidung können auch Höhn'sche Trickereien nicht vorbeimogeln. Die Grünen müssen entscheiden: Gilt das, was sie seit Jahren sagen, oder geht es ihnen nur noch um Posten und Machterhalten?

Die CDU NRW wird zunächst bis nächsten Samstag alles daran setzen, daß der von den Spitzenpolitikern Höhn und Priggen geplante Betrug noch rechtzeitig enttarnt wird. Wir haben deshalb im Vorstand eine Aktionswoche „Pro Garzweiler“ beschlossen. Die Aktionswoche umfaßt folgende Maßnahmen und Aktionen:

**1.** Die CDU-Landtagsfraktion wird noch vor dem Sonderparteitag der Grünen in Jüchen geeignete parlamentarische Initiativen im Landtag ergreifen, um die Landesregierung zu einer Klärung ihrer

unterschiedlichen Positionen zum 5-Punkte-Programm von Höhn zu zwingen.

**2.** Die CDU wird die Delegierten des grünen Sonderparteitages auffordern, klar und deutlich Ja oder Nein zu Garzweiler und damit Ja oder Nein zu 50.000 Arbeitsplätzen zu sagen.

**3.** Die CDU wird eine Plakataktion mit dem Motto „50.000 Arbeitsplätze – Jetzt Ja oder Nein zu Garzweiler“ starten.

**4.** Wir werden die örtlichen CDU-Gliederungen auffordern, die grüne Parteibasis mit ihrem widersprüchlichen Verhalten zu konfrontieren und das voraussichtliche Einknicken der Grünen öffentlich zu machen.

**5.** Die CDU wird vor dem Betriebsgelande von Rheinbraun eine Werktor-Aktion durchführen.

**6.** Die CDU wird mit dem Gesamtbetriebsrat von Rheinbraun Gespräche führen.

Mit unserer Aktionswoche wollen wir erreichen, daß endlich wieder Klarheit und Wahrheit in Nordrhein-Westfalen Einzug halten. Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land haben ein Anrecht darauf, schonungslos die Wahrheit zu erfahren und über alle Tatsachen aufgeklärt zu werden. Rot-Grün hat lange genug vertuscht und vernebelt. Zum Wählerbetrug darf es nicht kommen. Das Land braucht deshalb einen Neuanfang durch Neuwahlen. Die CDU ist bereit dazu. Das ist einstimmiges Votum im geschäftsführenden Landesvorstand. ■

# Wissenschaftstandort NRW in akuter Gefahr

**„Bildungschancen sind Zukunftschancen, gerade in Nordrhein-Westfalen mit über einer halben Million Studenten und der größten Universitätsdichte in Deutschland. Fast jeder dritte Student studiert an einer der über 60 Hochschulen in unserm Bundesland“, stellten der CDU-Fraktionsvorsitzende im Düsseldorfer Landtag Helmut Linssen, und der wissenschaftspolitische Sprecher Manfred Kuhmichel in einer hochschulpolitischen Debatte heraus.**

Helmut Linssen hatte sich kurz vor Weihnachten via Internet in einem offenen Brief an die Studierenden in NRW gewandt. Darin unterstrich er, daß es das politische Ziel der CDU ist, den „Wissenschaftstandort NRW“ nachhaltig zu stärken. Die Finanzierung der Hochschulen liegen primär in der Verantwortung der Länder, da sie ein Kernbereich ihrer verfassungsmäßigen Zuständigkeit ist. Rund 90 Prozent der Aufgaben und deren Finanzierung fallen in die Länderkompetenz.

Deshalb will die CDU-Landtagsfraktion Zukunftsinvestitionen, finanziert über Landesvermögen, von zusätzlich 250 Millionen Mark für den Hochschuletat 1998 bereitstellen, die jedoch von der rot-grünen Mehrheit im Landtag abgelehnt worden sind. Es kommt noch schlimmer: Im Rahmen der globalen Minderausgaben werden für 1998 zusätzlich 86 Millionen Mark im Hochschulwesen gestrichen. Der rot-grüne Ministerpräsident Rau hat noch in seiner Regierungserklärung im September 1995 erklärt, daß „Wissenschaft und Forschung Priorität für unser Land haben“.

Die hochschulpolitische Leistungsbilanz im einwohnerstärksten Bundesland ist jedoch katastrophal. Helmut Linssen und Manfred Kuhmichel stellten heraus, daß NRW immer zu den Schlußlichtern unter den Bundesländern gehört:

- NRW steht mit den Ausgaben für Wissenschaft und Forschung mit 10.900 DM je Studenten an allerletzter Stelle. (Baden-Württemberg 17.800 und Bayern mit 17.700 DM).

- Ein Professor betreut 70 Studenten in NRW; selbst Rheinland-Pfalz (50) und das Saarland (52) haben bessere Verhältnisse.

- Mit 354 DM pro Einwohner für Wissenschaft und Forschung belegt NRW den drittletzten Platz. Schlußlichter: Brandenburg, Rheinland-Pfalz und NRW.

Die vier besten: Thüringen (485 DM), Sachsen (485 DM), Baden-Württemberg (455 DM) und Bayern (445 DM).

## Offenbarungseid geleistet

Der Wissenschaftstandort NRW ist in akuter Gefahr, wenn die rot-grüne Koalition weiterhin ihre orientierungslose Politik fortsetzt und nicht mehr in Bildung investiert, sondern nur noch selbstverschuldete Haushaltslöcher gestopft werden. Selbst die grüne Hochschulsprecherin Fitzek hat sich bei dem Wissenschaftshaushalt im Landtag ihrer Stimme enthalten, da „die Studierenden nicht wegen unserer Politik auf die Straße gehen sollen“. Manfred Kuhmichel stellte in der Debatte heraus, daß die rot-grüne Koalition damit den politischen Offenbarungseid leiste. Für die CDU an Rhein und Ruhr ist sicher: NRW braucht die politische Erneuerung. ■

## *In die eigene Zukunft starten*

**Zur Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für mehr Selbständigkeit und Existenzgründungen erklärte der Vorsitzende der Initiative, Heinz Riesenhuber:**

Die CDU/CSU-Fraktion startet mit einem Kongreß am 28. Januar in Hannover in der Eilenriede-Halle eine Initiative für mehr Selbständigkeit und Existenzgründungen. Unter dem Titel „In die eigene Zukunft starten“ werden Existenzgründer ihre Erfolgsgeschichte präsentieren und Fachleute aus Politik, Wirtschaft und Finanzwelt über Rahmenbedingungen für Existenzgründungen diskutieren.

Die Veranstaltung richtet sich vor allem an Existenzgründer, junge Unternehmer und diejenigen, die den Weg in die Selbständigkeit wagen wollen. Aber auch am Existenzgründungsgeschehen Interessierte sind herzlich willkommen.

Der Kongreß wird durch eine Ausstellung flankiert, die unter dem Stichwort „Marktplatz der Innovationen“ steht. Präsentationen von Banken, Sparkassen, Beratungsfirmen, Venture-Capital-Firmen und anderen werden das Spektrum der bestehenden Hilfen für Existenzgründer transparent machen, welches von der Bereitstellung zusätzlichen Eigenkapitals bis zur Mobilisierung von Beteiligungskapital für risikoreiche Vorhaben reicht.

Die CDU/CSU-Fraktion will mit der Initiative für mehr Selbständigkeit und Existenzgründungen die Öffentlichkeit für unternehmerische Tätigkeiten sensibilisieren. Das Potential an unternehmerisch denkenden und handelnden Personen soll aktiviert und Existenzgründer in ihrem Vorhaben bestärkt und unterstützt werden.

Die Initiative setzt sich nach dem Kongreß in den Regionen fort. Von Februar bis Juni 1998 werden Veranstaltungen unter dem

Motto „In die eigene Zukunft starten“ durchgeführt. Die Veranstaltungen werden vor Ort das Gründungsgeschehen stützen und Existenzgründer bei den ersten Schritten in die berufliche Selbständigkeit begleiten.

Die Initiative für mehr Selbständigkeit und Existenzgründungen knüpft damit an eine Reihe von gesetzgeberischen Maßnahmen an, die die Rahmenbedingungen für Existenzgründungen in der laufenden Legislaturperiode deutlich verbessert haben:

Neben steuerrechtlichen Vereinfachungen (Abschaffung von Vermögen- und Gewerbesteuer, Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer) wurden

**CDU/CSU-Kongreß**

**für Existenzgründer am**

**28. Januar in Hannover**

umfangreiche Deregulierungen durchgesetzt, die insbesondere Existenzgründern und jungen Unternehmen Erleichterungen bringen. Das Risikokapitalangebot für kleine und mittlere Unternehmen wurde ausgeweitet und der Investmentfondsplatz Deutschland ausgebaut. Darüber hinaus wurden Programme aufgelegt, die die Kapitalbeschaffung für junge Unternehmen und die Gründung bzw. Ausgründung von technologieorientierten Unternehmen erleichtern. Existenzgründungen aus Arbeitslosigkeit wurden gefördert, und mit dem Meister-BAföG wird der Schritt in die Selbständigkeit geebnet.

Die Erleichterungen für Existenzgründer tragen erste Früchte: Alleine 1996 wurden mehr als 500.000 neue Unternehmen gegründet. Der Saldo aus Unternehmensgründungen und Liquidationen ist positiv. Für 1997 wird mit einem Anstieg des

Gründersaldos gerechnet. Der Bestand an Unternehmen steigt beständig. Auch die Selbständigenquote ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen.

Viele Menschen in Deutschland tragen sich mit dem Gedanken, in die Selbständigkeit zu starten. Neue Unternehmen sind eine Chance für den Gründer, aber auch für uns alle, denn sie schaffen Arbeitsplätze und sind Motor des Strukturwandels. Wir brauchen deshalb mehr Frauen und Männer, die Mut zur Selbständigkeit haben. Neue Unternehmen und Arbeitsplätze entstehen vor allem im Mittelstand und bei den Dienstleistungen. Hier gibt es noch ausreichend Potential, das aktiviert werden muß.

## Das Programm

### 10.30 Uhr ERÖFFNUNG

Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

### 10.45 Uhr EINFÜHRUNG

Heinz Riesenhuber, Initiative für mehr Selbständigkeit und Existenzgründungen

### 11.15 Uhr FORUM

**Erfolgreiche Gründer – Wir haben es angepackt!** mit Plenumsdiskussion

13.00 Uhr **Eröffnung Informationsbörse „Gründungsmarkt“**  
Heinz Riesenhuber

### 14.30 Uhr FORUM

**Für Existenzgründungen – Der Weg ist frei!**  
mit Plenumsdiskussion

#### Jürgen Rüttgers

Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

#### Horst Köhler

Präsident Deutsche Sparkassen- und Giroverband

#### Hans-Peter Reppik

Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

#### Rüdiger Schiller

Direktor Deutsche Ausgleichsbank

#### Falk Strasczeg

Präsident Europäische Venture Capital Vereinigung

#### Moderation:

#### Christian Wulff

Vorsitzender der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

### 16.00 Uhr SCHLUSSWORT

#### Wolfgang Schäuble

Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

## Lkw-Gebühr: Einnahmesituation nochmals verbessert

Die Straßennutzungsgebühr für schwere Lastwagen hat im vergangenen Jahr voraussichtlich rund 737 Millionen Mark gebracht. Damit habe sich die Einnahmesituation drei Jahre nach Einführung der zeitbezogenen Gebühr nochmals verbessert, teilte Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann mit.

Die von der EU vorgeschriebene derzeitige Gebührenobergrenze von rund 2.500 Mark für zeitabhängige Autobahnbenutzungsgebühren bedeute aber nur einen Einstieg, betonte der Minister. Deutschland werde um die Jahrhundertwende eine streckenbezogene Lkw-Gebühr einführen.

## Sogenannter Lauschangriff:

# Für die Organisierte Kriminalität wird es künftig ungemütlich

**Gangsterwohnungen sind kein Schutzraum, und der organisierte Verbrecher kann den Respekt des Staates vor der Unverletzlichkeit der Wohnung in Zukunft nicht mehr für seine Zwecke mißbrauchen. Darauf haben sich Koalitionsparteien und SPD nach einem siebenstündigen Verhandlungsmarathon in der Nacht vom 7. auf den 8. Januar geeinigt.**

Schon Ende August letzten Jahres schien es so weit zu sein. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rupert Scholz, hatte damals erklärt: „Wir begrüßen die Einigung mit der SPD über die verfassungsrechtliche Legitimierung des Abhörens von Verbrecherwohnungen zur Beweismittelgewinnung.“

Einen Erfolg der Koalition sah im August auch Norbert Geis, obwohl seiner Meinung nach die Verhandlungen gezeigt hätten, „daß es der SPD nach wie vor am Willen fehlt, die Organisierte Kriminalität in unserem Land entschlossen zu bekämpfen“.

Der Mannheimer SPD-Parteitag bestätigte den Eindruck, den der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

hatte: Er kippte das Verhandlungsergebnis. SPD-Verhandlungsführer Otto Schily nach den erneuten Verhandlungen: Ich bin sicher, daß der neue Kompromiß „kompatibel“ mit den Parteitagforderungen ist.

Die Koalition ist von keiner ihrer Grundforderungen abgegangen: Die akustische Wohnraumüberwachung ist möglich geworden und erlaubt, das organisierte Verbrechen nicht nur abzuwehren, sondern vor allem auch zu verfolgen.

Die Möglichkeit der Strafverfolgung, nicht die polemische Absicht der Gegner, macht übrigens verständlich, warum die Maßnahme in den Medien fast durchgehend „großer Lauschangriff“ genannt wird.

## **Begreifliche Ausnahmen**

Ausgenommen von der neuen Abhörmöglichkeit sind Gespräche mit Geistlichen, Strafverteidigern und Abgeordneten. Besondere Beschränkungen gelten für die Verwertung von abgehörten Gesprächen bei Berufsgruppen, denen die Gesetze ein Zeugnisverweigerungsrecht einräumen, wie Ärzten und Journalisten.

## **Castor-Transport 1997 kostete in Niedersachsen 111 Millionen Mark**

Die allein in Niedersachsen entstandenen Kosten des letzten Castor-Atommülltransportes nach Gorleben stehen jetzt bis auf zwei Stellen hinter dem Komma fest. Sie betragen 111 139 528, 50 Mark, teilte das Innenministerium in Hannover mit.

Beim dritten Castor-Transport waren im März 1997 sechs Atommüllbehälter auf einmal ins Zwischenlager Gorleben gekommen. Bundesweit waren rund 30 000 Beamte von Polizei und Bundesgrenzschutz im Einsatz. In Niedersachsen waren es etwa 14 000 Beamte.

# Neuregelungen im Gesundheitswesen 1998

## ● Neue Beitragsbemessungsgrenzen in der Krankenversicherung

- ▶ alte Bundesländer  
75.600 jährlich  
6.300 monatlich
- ▶ neue Bundesländer  
63.000 jährlich  
5.250 monatlich

Die gleichen Grenzen gelten in der Pflegeversicherung.

## ● Zahnersatz

Zum Jahresbeginn 1998 wird der geltende prozentuale Zuschuß der Krankenkassen zum Zahnersatz durch standardisierte Festzuschüsse zu den einzelnen prothetischen Versorgungsformen ersetzt. Ziel ist der Abbau unnötiger Bürokratie, die Förderung eines qualitätsorientierten Wettbewerbs sowie die Erweiterung der Eigenverantwortung der Versicherten in der zahnmedizinischen Versorgung.

Festzuschüsse für Zahnersatz umfassen in einem Geldbetrag sowohl die zahnärztlichen als auch die zahntechnischen Leistungen. Festzuschüsse sind pauschale Preise, die auf typisierte und standardisierte Versorgungsfälle und nicht auf den konkreten Leistungsumfang im Einzelfall abstellen.

Die Festzuschüsse wurden auf der Basis geltenden zahnmedizinischen Niveaus nach gesetzlich vorgegebenen Kriterien von der Selbstverwaltung konkret festgelegt. Die Krankenkasse zahlt die Festzuschüsse direkt an den Versicherten. Die Abrechnung der prothetischen Leistungen erfolgt unmittelbar zwischen Vertragszahnarzt und Versichertem auf Basis der Gebührenordnung für Zahnärzte. Dabei

wird der Zahlungsanspruch des Vertragszahnarztes gegenüber dem Versicherten für eine Übergangszeit von zwei Jahren auf das 1,7fache bzw. in den neuen Ländern auf das 1,86fache des Gebührensatzes der Gebührenordnung für Zahnärzte begrenzt. Für Härtefälle gilt diese Begrenzung dauerhaft.

Da die modernen Kunststoffe mittlerweile auch langfristig haltbar und wesentlich preiswerter als Keramik-Verblendungen sind, wird mit der Umstellung auf Festzuschüsse der Anspruch der Versicherten auf Kunststoff-Verblendungen begrenzt.

## ● Privatkrankenversicherte Arbeitnehmer

Im Rahmen des Arbeitsförderungsreformgesetzes (AFRG) wurde Paragraph 257 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGV V) geändert. Nach Paragraph 257 SGB V in der bis zum 31. 12. 1997 geltenden Fassung erhalten privat krankenversicherte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen als Beitragszuschuß die Hälfte des durchschnittlichen Höchstbeitrages der Gesetzlichen Krankenversicherung. Mit Wirkung vom 1. Januar 1998 wird der Berechnung des Beitragszuschusses der durchschnittliche allgemeine Beitragsatz zugrunde gelegt, den das Bundesministerium für Gesundheit nach Paragraph 245 SGB V jeweils zum 1. Januar des Vorjahres festgestellt hat. Der bisherige Termin für die Anwendung des neu berechneten Beitragssatzes war der 1. Juli. Die Neuregelung beseitigt unnötigen Verwaltungsaufwand für die Arbeitgeber. Beitragsbemessungsgrundlage für den Beitragszuschuß bleibt das monatliche Arbeits-

entgelt jeweils bis zur Beitragsbemessungsgrenze.

## ● Fallpauschalen und Sonderentgelte

Zum 1. Januar 1998 wird der Katalog der Fallpauschalen und Sonderentgelte kraft Gesetzes an die Selbstverwaltung (Deutsche Krankenhausgesellschaft, Spitzenverbände der Gesetzlichen Krankenversicherung, Verband der Privaten Krankenversicherung) übertragen. Für die Patienten ändert sich hierdurch nichts; die Selbstverwaltung der Vertragsparteien im Krankenhausbereich wird gestärkt. Fallpauschalen und Sonderentgelte ermöglichen eine leistungsbezogene Abrechnung von Krankenhausleistungen anstelle von pauschalierten, tagesgleichen Pflegesätzen. Die Vertragsparteien sind künftig zuständig für die Weiterentwicklung des neuen Entgeltsystems, über das bereits heute rund 20 Milliarden Mark abgerechnet werden. Zeitgleich tritt eine Änderung der Bundespflegegesetzverordnung in Kraft, mit der weitere Einzelfragen der Abrechnung von Krankenhausleistungen geregelt werden. Durch diese Verordnung erhalten die Krankenhäuser auch die Möglichkeit, der internationalen Nachfrage nach hochwertigen deutschen Krankenhausleistungen flexibler entsprechen zu können. Diese Leistungen können künftig außerhalb des mit den Krankenkassen vereinbarten Budgets und damit ohne vorherige Abstimmung erbracht werden. Damit können besonders leistungsfähige Krankenhäuser in begrenztem Umfang vorhandene Kapazitäten besser auslasten, ihre Eigenfinanzierungsmöglichkeiten stärken und damit Arbeitsplätze sichern. Ferner werden Qualitätssicherungsmaßnahmen bei Fallpauschalen und Sonderentgelten finanziell besser abgesichert, und wird damit der Patientenschutz verstärkt. Um den Krankenhäusern und Krankenkassen nach der grundsätzlichen Einführung des neuen, leistungsbezogenen Entgeltsy-

stems mehr Zeit zur Vorbereitung auf die endgültige Trennung der Fallpauschalen und Sonderentgelte vom Budgetbereich der Krankenhäuser zu geben, wird die Vorbereitungszeit um zwei Jahre bis Ende 1999 verlängert.

## ● Risikostrukturausgleich

Die Zweite Verordnung zur Änderung der Risikostruktur-Ausgleichsverordnung ist im November 1997 in Kraft getreten. Neben Rechtsanpassungen und -klarstellungen enthält sie insbesondere Regelungen zur Erleichterung des Verfahrens sowie zur Verbesserung der Ausgleichsergebnisse im monatlichen Abschlagsverfahren. Die Änderungen berücksichtigen die Erfahrungen mit der Durchführung der ersten endgültigen Jahresausgleiche für die Jahre 1994 und 1995. Entstandene Rechtsunsicherheiten werden damit beseitigt.

## ● Härtefallregelungen

Durch die Neufestsetzung der Beitragsbemessungsgrenzen sind im Bereich der Härtefallregelungen in der Gesetzlichen Krankenkasse Veränderungen eingetret-

## ► Vollständige Befreiung (Sozialklausel)

Eine unzumutbare Belastung liegt danach 1998 bei Versicherten vor, deren monatliche Bruttoeinnahmen zum Lebensunterhalt 1998 1.736 Mark (West) und 1.456 Mark (Ost) nicht überschreiten. Die Einkommensgrenze erhöht sich für im gemeinsamen Haushalt lebende Angehörige. Für ein Ehepaar sind dies 2.387 Mark (West) und 2.002 Mark (Ost), für ein Ehepaar mit einem Kind 2.821 Mark (West) und 2.366 Mark (Ost). Für jeden weiteren Angehörigen kommen 434 Mark (West) und 364 Mark (Ost) hinzu. Für Arznei- und Verbandmittel gelten die höheren Härtefallgrenzen der alten auch in den neuen Ländern. Die Einkommensgrenze ist dy-

## Die Länder haben sich aus der Verantwortung gestohlen

**Zur Finanzierung der Instandhaltung der Krankenhäuser erklärte der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Joachim Hörster:**

In der Debatte um das sogenannte „Krankenhaus-Notopfer“ muß klar festgehalten werden: Es genügt das Wort des jeweiligen Bundeslandes, und der Zusatzbeitrag in Höhe von 20 Mark zur Finanzierung der baulichen Instandhaltung in den Krankenhäuser wäre – wie in Bayern – von Tisch.

Die Bundesländer – mit Ausnahme von Bayern – haben sich aus ihrer Verantwortung für die Krankenhausfinanzierung gestohlen und bewußt in Kauf genommen, daß die anfallenden Kosten letztlich von den Beitragszahlern übernommen werden müssen.

Wenn jetzt SPD-Gesundheitspolitiker öffentlich den Boykott dieses Zusatzbeitrages rechtfertigen und von der Re-

gierungskoalition neue gesetzliche Regelungen verlangen, ist dies schon eine üble Verdrehung der Tatsachen. Die Koalition hat mehrfach versucht, die weitere Finanzierung der baulichen Kosten in den Krankenhäusern durch die Länder auch für die Zukunft sicherzustellen.

Alle Initiativen wurden von der SPD-dominierten Bundesratsmehrheit einfach abgeblockt. Die Mehrzahl der Länder hat damit diese Lasten auf die Solidargemeinschaft abgewälzt.

Die Länder haben jedoch jederzeit die Möglichkeit – wie dies in der Vergangenheit üblich war und wie es Bayern auch heute praktiziert – ihren Beitrag zur Instandhaltung der Krankenhäuser wieder zu übernehmen. Wer jetzt meint, Sturm gegen das „Notopfer“ zu laufen, sollte seine Energie besser darauf verwenden, die Länder zur eigenen Verantwortung zu mahnen.

namisiert, d.h. sie steigt jedes Jahr mit der allgemeinen Einkommensentwicklung. Zugrunde zu legen ist das Familienbruttoeinkommen. Die Werte für die Krankenkasse Ost haben sich im Vergleich zu 1997 wegen der Entwicklung der dortigen Arbeitsentgelte allerdings nicht verändert.

### ► Teilweise Befreiung (Überforderungsklausel)

Wer die Einkommensgrenzen für die vollständige Befreiung überschreitet, dem werden Eigenbeteiligungen in Höhe von höchstens zwei Prozent des zu berücksichtigenden Bruttoeinkommens zugemutet. Der Gesetzgeber geht dabei von einem Famili-

enbruttoeinkommen aus. Zur Bestimmung des Familienbruttoeinkommens wird für jeden Familienangehörigen ein Freibetrag berücksichtigt. Er beträgt 1998 für den ersten Angehörigen 7.812 Mark und für jeden weiteren Angehörigen 5.208 Mark jährlich. Diese Freibeträge werden vom Familienbruttoeinkommen abgezogen.

Die Regelungen zur Überforderungsklausel gelten auch in den neuen Bundesländern. Als Freibeträge sind 1998 zu berücksichtigen: Für den ersten im Haushalt lebenden Angehörigen 6.552 Mark und für jeden weiteren Angehörigen 4.368 Mark jährlich. Diese Beträge entsprechen denen im Jahr 1997. ■

# Unsere Aussiedlerpolitik ist ein Stück Friedenspolitik für Europa

**Im Jahr 1997 wurden 134.419 Spätaussiedler in der Bundesrepublik registriert. Im Jahr 1996 waren es 177.751 und 1995 217.898 Personen.**

Der Zuzug von Spätaussiedlern ist im Dezember 1997 mit 10.503 Personen um etwa 40 % gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres zurückgegangen. Er liegt für das gesamte Jahr 1997 um etwa 25 % unter den Zugangszahlen von 1996 und um etwa 38 % unter denen von 1995.

Die Zahlen der Herkunftsländer im Vergleich:

	1997	1996	1995
Ehemalige SU	131.895	172.181	209.409
Republik Polen	687	1.175	1.677
Rumänien	1.777	4.284	6.519
Sonstige	60	111	293
<b>Gesamt:</b>	<b>134.419</b>	<b>177.751</b>	<b>217.898</b>

Im Jahr 1997 stellten 147.577 Personen eine Aufnahmeantrag.

1997	147.577 Personen
1996	168.758 Personen
1995	260.556 Personen

## Hierzu erklärte Horst Waffenschmidt, Aussiedlerbeauftragter der Bundesregierung:

Der Trend des Jahres 1996 hat sich 1997 fortgesetzt: Es kommen immer weniger Aussiedler nach Deutschland. 1997 sind es rd. 43.000 weniger als 1996 und rd. 83.000 weniger als 1995. Nach den jetzt vorliegenden Informationen und Prognosen werden auch 1998 erneut weniger Aussiedler nach Deutschland kommen als 1997.

Die Initiativen der Bundesregierung für die Rußlanddeutschen in Rußland zeigen Wirkung:

- Die deutsch-russischen Entwicklungsgesellschaften in Westsibirien, an der Wolga und in St. Petersburg haben 1997 mit Krediten vielen Rußlanddeutschen zu Wohnungen und Arbeitsplätzen in mittelständischen Betrieben verholten. Das hat Signalwirkung.

- Die große Sprachoffensive für Deutsch mit über 6.000 Kursangeboten und 100.000 Teilnehmern 1997 in über 600 Orten in Rußland und Kasachstan gibt Rußlanddeutschen zusätzliche berufliche Möglichkeiten in Rußland.

- 300 deutsch-russische Begegnungszentren in Rußland und Kasachstan ermöglichen deutsche kulturelle Breitenarbeit.

Auch russische Initiativen zeigten 1997, daß den Rußlanddeutschen neue Möglichkeiten eingeräumt werden sollen:

- 1997 wurde begonnen, die Deutsche Nationale Kulturautonomie in Rußland aufzubauen.

- Das „Präsidentenprogramm“ von Präsident Boris Jelzin für die Rußlanddeutschen, das sie in ihren russischen Siedlungsschwerpunkten unterstützen soll, gibt positive Impulse.

Die positive Wirkung der zuverlässigen deutschen Aussiedlerpolitik wird auch durch folgenden Umstand deutlich: 100.000 Deutschen in den Herkunftsgebieten haben einen Aufnahmebescheid für Deutschland länger als 1 Jahr und nicht genutzt. Sie halten ihn als „Sicherheitspapier“ für den Notfall.

Bei den Sprachtests, die Aussiedler in Rußland und Kasachstan vor deutschen Beamten ablegen müssen, um die gesetzlich vorgeschriebenen Deutschkenntnisse nachzuweisen, fielen im Jahresdurchschnitt  $\frac{1}{3}$  der Bewerber durch und konnten somit keinen Aufnahmebescheid für Deutschland erhalten. 1997 gab es rd. 100.000 Sprachtests.

In Deutschland hat die zurückgegangene Zahl von Aussiedlern und das Wohnortzuweisungsgesetz, das die Aussiedler gerechter auf Länder und Gemeinden verteilt, zu einer besseren Akzeptanz für die Aussiedler geführt. Das kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß sich am Wettbewerb „Vorbildliche Integration von Aussiedlern“ 1997 mit weit über 300 Initiativen erheblich mehr Gruppen beteiligten als früher.

1997 haben sich die besonderen „Integrationsreferate“ im Bundesinnenministerium und im Bundesverwaltungsamt sehr gut bewährt, die die Länder und Gemeinden bei der Integration beraten, über Förderprogramme informieren und auch selbst Zuschüsse des Bundes bewilligen, wenn besondere Integrationsaufgaben anstehen.

Die Bundesregierung stellt 1998 weiterhin erhebliche Hilfen für die Integration der

Aussiedler zur Verfügung, allein rd. 1,5 Mrd. DM für Sprachförderung und Eingliederungshilfen.

Das sind wesentliche Hilfen für die großen jungen Familien, die zu uns kommen. Die Aussiedler sind weiterhin doppelt so jung und halb so alt wie die einheimische Bevölkerung.

Allen an der Aufnahme und Eingliederung Beteiligten möchte ich im Namen der Bundesregierung danken. Mein Dank gilt den Dienststellen des Bundes, der Länder und Gemeinden, den Kischen, Sozialverbänden, der Wirtschaft und den Gewerkschaften sowie den Medien, aber auch den engagierten Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die den Neuankömmlingen in der ersten Zeit in ihrer neuen Heimat bereitwillig zur Seite gestanden haben. Die Bundesregierung setzt sich auch 1998 dafür ein, daß den Deutschen aus den Aussiedlungsgebieten, die die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen, der Weg nach Deutschland nicht verschlossen wird. Dabei ist ganz wichtig, daß den Rußlanddeutschen nicht – wie es eine Bundesratsinitiative vorsieht – das gemeinschaftliche Kriegfolgeschicksal abgesprochen wird.

Die Aussiedlerpolitik der Bundesregierung ist ein Stück Friedenspolitik für Europa.

## Buchtip: Literatur in der Diktatur

**Schreiben im Nationalsozialismus und DDR-Sozialismus.**  
Hrsg. von Günther Rüter  
1997, 508 Seiten, kart., DM 29,80.

In den zwei deutschen Diktaturen dieses Jahrhunderts hat die Literatur eine überaus schwierige, zwischen Systemstabilisierung und Systemkritik, zwischen Opportunismus und Opposition schwankende Rolle gespielt. Unter der braunen wie der roten Diktatur gab es Schriftsteller, die zwar nicht oder nur für kurze Zeit der „Fas-

zination durch Macht“ (Heiner Müller) erlagen, aber dennoch „in Ketten tanzten“ (Nietzsche), um das Regime mit Hilfe leiser Kritik zu läutern.

Der Band, der sich an Germanisten, Politologen, Historiker und an ein interessiertes Fachpublikum richtet, ist ein literarhistorisches Kompendium, in dem die spezifischen historischen und politischen Rahmenbedingungen der Literatur in der Diktatur des „Dritten Reiches“ und der DDR-Diktatur untersucht werden.

# Deutschland auf dem Weg zum High-Tech-Land

**Deutschland ist auf dem Weg, ein High-Tech-Land zu werden. Das ist der wichtigste Befund des jüngsten Berichts „Zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands“, den Bundesminister Jürgen Rüttgers am 9. Januar in Bonn der Presse vorgestellt hat.**

Die Indikatoren sprechen eine klare Sprache: Der Bericht notiert deutliche Pluspunkte bei High-Tech-Produkten, bei High-Tech-Strukturen, bei High-Tech-Patenten und bei den Schlüsseltechnologien der Zukunft.

## Erfolgskurs bei High-Tech-Produkten

● **Spitzentechnologien** haben in Deutschland als treibende Kraft stark zugelegt und liegen mit einem Anteil von mittlerweile 11,7 Prozent an der Industrieproduktion an vorderster Front der Wachstumshierarchie. Noch 1994 lag dieser Anteil bei nur 10,0 Prozent. Das bedeutet einen Zuwachs von 17 Prozent in nur drei Jahren.

● Auf dem **Weltmarkt für technologieintensive Güter** hat sich Deutschland dicht an die Spitzenreiter Japan und USA herangearbeitet: Japan liegt vorn mit 19,5 Prozent, die USA folgen auf Platz 2 mit 17,8 Prozent und Deutschland liegt mittlerweile mit 17,1 Prozent ganz dicht dahinter auf Platz 3.

Deutschland ist der größte Technologielieferant Europas vor Großbritannien und Frankreich, die mit jeweils 7,5 Prozent zum Weltmarkt beitragen.

Deutschland konnte damit den Anschluß an die führenden Länder wieder herstellen. Dies hat noch 1993 ganz anders aus-

gesehen, als Japan 20,9 Prozent des Weltmarkts für Technologiesgüter für sich beanspruchen konnte, 18,8 Prozent an die USA gingen und Deutschland, mit 16,2 Prozent den Anschluß zu verlieren drohte.

● Besonders günstig sieht es beim **Welt-handel mit höherwertiger Technik** aus: Hier haben wir Japan überholt. Deutschland liegt jetzt mit einem Weltmarktanteil von 19,5 Prozent an der Spitze vor Japan (19,3 Prozent) und den USA (13,1 Prozent).

● Die **Innovationsbudgets deutscher Unternehmen** sind 1996 erstmals seit längerer Zeit wieder ausgeweitet worden. 1997 gab es nach bisheriger Schätzung eine weitere Steigerung der Innovationsaufwendungen um insgesamt sechs Prozent. Die Innovationsanstrengungen konzentrieren sich ganz klar auf die **Umsetzung von Wissen** und auf eine schnellere Abfolge von Patenten, Produktinnovationen und Vermarktung.

Genau das ist ein zentrales Ziel der CDU. Dieses Ziel ist heute erreicht. Die deutsche Wirtschaft hat einen großen Schritt voran getan bei der effektiveren Umsetzung von Wissen in Innovationen.

## Erfolgskurs bei High-Tech-Strukturen

● Die **Investitionen in Sachanlagen und Ausrüstungen des forschungsintensiven Sektors** steigen. Sie hielten nach einem Schub von zehn Prozent im Jahre 1995 in den Jahren 1996 und 1997 hohe Zuwachsraten von acht Prozent pro Jahr.

Die Investitionsausgaben liegen nominal jedoch gerade erst auf dem Niveau von

1989. Dies zeigt die Tiefe des Rezessionseinschnitts.

Rund 80 Prozent der zusätzlich zwischen 1994 und 1998 ausgegebenen (bzw. geplanten) industriellen Investitionsmittel sind in den forschungsintensiven Sektor geflossen. Bei einem Anteil an der Industrieproduktion von gut 50 Prozent läßt dies die künftigen Industriestrukturen sichtbar werden.

● Das **Gründungsklima** wird besser. Die Gründung und der Aufbau neuer Unternehmen in Industrien, in denen neues Wissen „von unten“ nachwächst, ist Teil eines kontinuierlichen wirtschaftlichen und technologischen Strukturwandels.

Gerade in „neuen“ **Technologiefeldern** sind junge Unternehmen eine entscheidende Voraussetzung dafür, um Anschluß zu gewinnen. In den 90er Jahren wird der Weg von einer wissensintensiven Industriegesellschaft zu einer wissensintensiven Dienstleistungsgesellschaft vor allem durch Gründungen in den technologieintensiven Dienstleistungsbereichen – etwa 60 Prozent hiervon entfallen auf den Softwarebereich – vorangetrieben.

Bei **technologieorientierten Dienstleistungen** ist (mit rund 27.000 Gründungen) eine wesentlich höhere Dynamik als in der Industrie (12.000) zu beobachten. Bei technologieintensiven Dienstleistungen hat die Gründungsneigung selbst im Vergleich zu den 80er Jahren zugenommen.

Um diesen positiven Trend weiter zu unterstützen, hat das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie im Dezember vergangenen Jahres einen Wettbewerb „**Existenzgründer aus Hochschulen**“ gestartet. Der BMBF-Gründerwettbewerb wird Konzepte auszeichnen, wie Studenten, andere Hochschulangehörige und Absolventen für eine Unternehmensgründung interessiert, ausgebildet, unterstützt und in die Selbständigkeit begleitet werden können. Ziel ist es, das an den

Hochschulen noch schlummernde große Potential für innovative Unternehmensgründungen und unternehmerische Selbständigkeit zu wecken. Denn bislang bieten lediglich 92 von fast 900 einschlägigen Fachbereichen in Deutschland spezielle Lehrgänge für eine Gründerausbildung an.

● Untersucht man speziell die ganz neue „**Multimedia-Branche**“ etwas genauer, so zeigt sich eine hohe und enorm zunehmende Gründungsdynamik: Jährlich entstehen in Deutschland rund 150 neue Unternehmen, Anfang der 90er Jahre waren es gut 50. Der Unternehmensbestand (1995: mehr als 600) wächst also relativ schnell.

Auch dies wird vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie flankiert. Damit keine gute Geschäftsidee im Bereich Multimedia in Deutschland an mangelndem Interesse, mangelnder Förderung oder mangelndem Kapital scheitert, wurde im Oktober vergangenen Jahres eine Existenzgründerförderung „Multimedia“ gestartet, die bereits bei der Geschäftsidee ansetzt und den Gründern materielle und ideelle Unterstützung bis in die Realisierung hinein verschafft.

● Auch in den **neuen Ländern** scheint die Gründungsneigung nach der „Normalisierungsphase“ wieder neuen Schwung zu bekommen. Dies ist um so bemerkenswerter als die Gründungsintensität in der Industrie mit 25 je 100.000 Erwerbsfähige dort nach wie vor fast doppelt so hoch ist wie die Gründungshäufigkeit in den alten Ländern (13 je 100.000 Erwerbsfähige).

## Erfolgskurs bei High-Tech-Patenten

● Auch bei der **Erfindungstätigkeit** ist eine große Dynamik festzustellen. Deutschland nimmt wieder den **Rang 1 in der Welt bei den Triadepatenten ein.**

● Auf eine Million Beschäftigte kommen in Deutschland rund 190, in Japan rund

180 und in den USA etwa 140 dieser wichtigen „Weltmarkt-Patente“. Gemessen an diesem Outputindikator hat sich Deutschlands technologische Leistungsfähigkeit verbessert. Die führende Position Deutschlands in Europa ist unangefochten. Die Triadepatentintensität Frankreichs und Großbritanniens ist nur etwa halb so hoch wie die Deutschlands.

● An Patentanmeldungen gemessen, erarbeitet auch die öffentlich finanzierte deutsche Forschungslandschaft immer mehr verwertungsrelevante Forschungsergebnisse (überwiegend sind dies die Bereiche Chemie, Biologie und Meßwesen).

Die Hochschulen sind in der Lage, Spitzenforschung zu leisten und gleichzeitig praxisnah zu arbeiten. Der Anteil der Hochschullehrer an Patenten hat 1995 die Vier-Prozentmarke überschritten. Die Patentinitiative des BMBF trägt sichtbare erste Früchte.

### Erfolgskurs bei den Schlüsseltechnologien der Zukunft

● Entscheidend für den dauerhaften Erfolg als High-Tech-Land ist es, „sensible“ **Basis- und Querschnittstechnologien** im Inland verfügbar zu haben. Bei dieser Frage stehen neue Technologien wie die Biotechnologie oder die Multimedia-Technik wegen ihrer Ausstrahlungseffekte auf Wachstum und Beschäftigung im Mittelpunkt, aber auch reifere Technologien wie Mikroelektronik und Umwelttechnik.

● In der **Biotechnologie** beweist Deutschland im wissenschaftlichen Bereich eine kontinuierlich zunehmende und international beachtete Leistungsfähigkeit. Die Gründungsdynamik bei Biotechnologiefirmen hat in Deutschland stark zugenommen, verbesserte Rahmenbedingungen haben Deutschlands Attraktivität als Forschungsstandort erhöht.

Alle Experten sind sich darin einig, daß diese Dynamik entscheidend auf den Erfolg des BioRegio-Projekts des BMBF zurück-

zuführen ist. Die mit BioRegio erreichte strategische Bündelung von Biotechnologie-Kompetenz in den forschungsstarken deutschen Regionen hat in den vergangenen zwei Jahren dazu geführt, daß sich die Zahl der deutschen Biotech-Unternehmen jeweils verdoppelte, von 75 – im Jahre 1995 – auf 300 am Ende vergangenen Jahres.

Die Chemische Industrie erwartet deshalb auch in Deutschland ein „come back“ der Biotechnologie, nachdem gerade diese Sparte beliebtes Ziel der Forschungstätigkeit im Ausland war.

● In der Mikroelektronik und der Multi-Mediabranche spricht die steigende Anzahl von Publikationen in internationalen Zeitschriften dafür, daß die wissenschaftliche Basis kontinuierlich ausgebaut wird. Technologische Basisinnovationen werden von deutschen Anwendern allerdings auch häufig importiert und in die angestammten Bereiche integriert (z. B. in Maschinen und Anlagen, Automobilelektronik).

Dies ist ein weiterer Beleg für die gesteigerte Effektivität bei der Nutzung – auch global – verteilten Wissens: Deutschland setzt weltweit am intensivsten Spitzen-technologien ein!

● In der Umwelttechnik ist es uns nach den neuesten vorliegenden Zahlen gelungen, den Spitzenplatz im Welthandel mit Umweltschutzgütern von den USA zurückzuerobern: Deutschland hält jetzt einen Weltmarktanteil von 18,7 Prozent, die USA von 18,5 Prozent. Japan konnte weiter aufholen und liegt mit 14,5 Prozent auf Platz 3. Deutschland besticht durch ein ausgesprochen wertvolles Sortiment. Deutschlands Spitzenposition ist trotz eines rückläufigen Patentanteils unangefochten: Der Anteil an den europäischen Patenten beträgt 50 Prozent.

In einer zusammenfassenden Bewertung dieser Trends kann man sagen: Deutschland ist nach den USA der zweitstärkste Innovationsstandort der Welt. ■

## EURO bringt auch den Bauern Vorteile

**Die Einführung des EURO wird nach den Worten des Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert auch Bauern in Deutschland Vorteile bringen.**

Für die Landwirte bedeute die europäische Währung das Ende währungsbedingter Wettbewerbsnachteile, sagte der Minister bei der „Landwirtschaftlichen Woche Nordhessen“ in Baunatal bei Kassel.

Mit Blick auf die europäische Agrarpolitik forderte Borchert, die bäuerliche Landwirtschaft über das Jahr 2005 hinaus finanziell abzusichern. Er kritisierte den Vorschlag der EU-Kommission, die Stützpreise für Rindfleisch oder Getreide zu senken und den Verlust teilweise mit Beihilfen auszugleichen.

Dies führe zu Einkommensverlusten bis 20 Prozent für die Bauern und zu

mehr Bürokratie. Zudem würden die Agrarausgaben der europäischen Union um jährlich acht Milliarden DM steigen.

Wesentlicher Bestandteil einer funktionierenden gemeinsamen Agrarpolitik in Europa müsse ein wirksamer Außenschutz sein. Zudem müssten notwendige Stützpreissenkungen voll ausgeglichen werden, forderte Borchert. Grundsätzlich müssten Bauern ihre Einkommen „weitgehend über den Markt“ erzielen und die Abhängigkeit von staatlichen Zahlungen dürfe nicht noch größer werden.

Zugleich sprach sich der CDU-Politiker dafür aus, für zusätzliche Umweltauflagen einen Ausgleich zu zahlen. „Es kann keinen Umweltschutz zum Nulltarif und auf dem Rücken der Bauern geben.“

## EVP bereitet Agenda 2000 für die Europa-Wahlen vor

Die Europäische Volkspartei (EVP) hat den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, den niedersächsischen CDU-Europaabgeordneten, **Hans-Gert Pöttering**, sowie den spanischen Wirtschafts- und Finanzminister **Rodrigo Rato** beauftragt, programmatische Aussagen im Hinblick auf die „Agenda 2000“ für das Aktionsprogramm der EVP für die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1999 zu erarbeiten.

Diese Vorschläge sollen nach Beratung in der EVP-Arbeitsgruppe

„Aktionsprogramm“ dem EVP-Kongress im Februar 1999 zur Verabschiedung unterbreitet werden. In der von Hans-Gert Pöttering geleiteten Arbeitsgruppe der EVP-Fraktion „Erweiterung und Agenda 2000“ sollen nunmehr Überlegungen für die Reform der Europäischen Union in den Bereichen Erweiterung, Agrar- und Regionalpolitik sowie Institutionen erarbeitet werden.

Der spanische Wirtschafts- und Finanzminister Rato ist für den Bereich „Solidarität und Finanzen“ verantwortlich.

# Deutsch-französischer Jugendaustausch ist und bleibt eine Erfolgsstory

Unter dem Vorsitz von Bundesjugendministerin Claudia Nolte und Alain Lombard, Abteilungsleiter im französischen Kultur- und Kommunikationsministerium, in Vertretung der Jugendministerin Marie-George Buffet, haben die Mitglieder des Kuratoriums des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) in Ilmenau, Thüringen, die Schwerpunkte für die bilaterale Arbeit in diesem Jahr festgelegt.

Vorrangig sind dabei deutsch-französische Qualifizierungsmaßnahmen für junge Arbeitslose und Jugendliche in der Berufsausbildung, die Förderung der Sprachausbildung im Partnerland, eine Verstärkung der naturwissenschaftlich-technischen Jugendbildung und der deutsch-französischen Programme für Kinder.

Ministerin Nolte und Monsieur Lombard waren sich einig, daß sich die Bilanz des Jahres 1996 sehen lassen kann: Insgesamt wurden 7.410 deutsch-französische Begegnungen gefördert, an denen 152.570 junge Menschen aus beiden Ländern teilgenommen haben. Thüringen ist dabei mit 3.758 jungen Leuten in 92 Begegnungen im Bereich Schule, beruflicher Bildung,

Sport, Jugendarbeit, Städtepartnerschaften und Hochschulen beteiligt. Inzwischen kommt jeder fünfte deutsche Teilnehmer aus den neuen Ländern.

**Claudia Nolte:** „Das Deutsch-Französische Jugendwerk ist eine echte Erfolgsgeschichte. Seit 1963 bauen die einst ver-

**1998 insgesamt 42,8 Millionen DM für das Deutsch-Französische Jugendwerk**

feindeten Nachbarstaaten gemeinsam und als treibende Kraft am Haus Europa. Fast 6 Millionen junge Deutsche und Franzosen wurden bisher zusammengeführt, haben alte Gräben überwunden und zugeschüttet. Deshalb sind wir in unserer Zielsetzung einig, das Deutsch-Französische Jugendwerk auch in Zukunft auf einem hohen Finanzierungsniveau zu halten, wie dies auch die Staats- und Regierungschefs beider Länder Mitte September auf dem Deutsch-Französischen Gipfel in Weimar bekräftigt haben. Dazu werden 1998 insgesamt 42,8 Millionen DM von Deutschland und Frankreich zur Verfügung gestellt.“

## EURO-Zuversicht der Finanzmarktexperten ungebremst

Eine Verschiebung des Starttermins der Europäischen Währungsunion erscheint Finanzmarktexperten immer weniger wahrscheinlich. Nachdem mögliche Klippen auf dem Weg zum näherrückenden EU-Gipfel Anfang Mai 1998 bisher immer wieder umschifft worden sind, rechnen die monatlich vom „Handelsblatt“ befragten Experten großer Banken und Investmenthäuser im Durchschnitt mit einer Wahrscheinlichkeit von 89 Prozent mit der termingerechten Einführung des EURO im Januar 1999.

## Deutsch-Polnischer Jugendaustausch auf Rekordniveau

# Hervorragende Arbeit geleistet

**Unter dem Vorsitz von Bundesjugendministerin Claudia Nolte und Prof. Mirosław Handke, dem polnischen Minister für Nationale Bildung, haben die Jugendratsmitglieder des Deutsch-Polnischen Jugendwerks sich zu ihrer 6. Sitzung in Bonn zusammengefunden.**

Im Mittelpunkt stand die erfreuliche Bilanz der fünfjährigen Aufbauphase des Jugendwerks. Ministerin Nolte und Minister Handke waren sich einig, daß sich die Entwicklung des Jugendaustausches sehen lassen kann. Insgesamt haben von 1993 bis 1997 etwa 370.000 junge Menschen an fast 10.000 Austauschprogrammen teilgenommen. Dabei sind die Zahlen der vom Jugendwerk geförderten Jugendlichen kontinuierlich angestiegen. Waren es im Jahr 1993 noch 46.400, so werden 1997 rund 90.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer verzeichnet. Das Interesse der Jugendlichen an deutsch-polnischen Austauschprogrammen nimmt weiterhin zu. Das zeigen sowohl die Antragszahlen beim Jugendwerk als auch eine aktuelle Studie des nordrhein-westfälischen Sozialministeriums.

**Claudia Nolte:** „Das Deutsch-Polnische Jugendwerk hat in den vergangenen fünf Jahren hervorragende Arbeit geleistet. Die große Resonanz belegt eindrucksvoll, daß sich die junge Generation in Deutschland und Polen für das Nachbarland und die Menschen dort interessiert. Das Jugendwerk ist zu einem Markenzeichen der deutsch-polnischen Zusammenarbeit und Freundschaft geworden. Das zeigte sich in diesem Jahr auch in der schnellen und unbürokratischen Hilfe für die Hochwasseropfer an der Oder. In über 50 Projekten sind während der Hochwasserkatastrophe mehr als 2.100 Jugendliche aus Polen von

deutschen Jugendverbänden und Initiativen betreut worden. Mein Ministerium hat dem Jugendwerk dafür zusätzliche 300.000 DM zur Verfügung gestellt.“

Um die Arbeit des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes auf dem erreichten hohen Niveau abzusichern, stellen beide Regierungen trotz der angespannten Finanzlage in beiden Ländern die gleichen Beträge zur Verfügung wie im vergangenen Jahr: Die Bundesregierung 7 Millionen DM, die polnische Regierung 3,5 Millionen DM. Seit Beginn der Arbeit des Deutsch-Polnischen

**Bundesjugendministerin Claudia Nolte und ihr polnischer Amtskollege Prof. Mirosław Handke ziehen eine positive Bilanz über fünf Jahre Deutsch-Polnisches Jugendwerk.**

Jugendwerkes haben beide Regierungen insgesamt 43 Millionen DM dafür aufgewendet.

Das Jugendwerk bezieht auch Programme mit Dritt-Ländern in die Zusammenarbeit ein. So führen das Deutsch-Polnische und das Deutsch-Französische Jugendwerk bereits seit 1993 gemeinsame Maßnahmen durch. Mit dem gemeinsamen Nachbarn Tschechien wurden Veranstaltungen organisiert, ebenso mit der Ukraine und Litauen und auch mit Israel. Selbst in der Ferne sind die Erfahrungen des Deutsch-Polnischen Jugendwerks gefragt. Chile und Argentinien möchten Anregungen erhalten für die Ausgestaltung der jugendpolitischen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern. ■

## Asylcard einführen

**Wer die Bereitschaft der Deutschen, Flüchtlingen zu helfen, erhalten will, muß dafür Sorge tragen, daß Mißbrauch verhindert wird. Dem dient die Abnahme von Fingerabdrücken von Asylbewerbern und deren Abgleich im automatisierten Fingerabdruck-Identifizierungssystem (AFIS).**

Die Überlegungen zur Vermeidung von Mißbrauch staatlicher Leistungen müssen sich jedoch auf alle rechtsstaatlichen Möglichkeiten erstrecken. Deshalb brauchen wir über AFIS hinaus sowie über ein europaweites daktyloskopisches System, mit dem Fingerabdrücke über die nationalen Grenzen hinaus abgeglichen werden können (EURODAC), auch eine Asylcard.

Mit einer Asylcard ist eine Ausweiskarte im Scheckkartenformat gemeint, wie sie bereits in den Niederlanden erfolgreich eingesetzt wird. Die Karte könnte neben der

digitalisierten Form des Fingerabdrucks sämtliche Angaben des Asylbewerbers wie Personalstammdaten, Aufenthaltsstatus, staatliche Leistungen usw. enthalten.

Was nicht angeht, ist die vorzeitige Ablehnung der Asylcard, bevor sie überhaupt auf ihre tatsächliche Machbarkeit und ihre rechtliche Realisierbarkeit geprüft wurde.

**Erwin Marschewski** innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion: Letztlich liegt die Einführung der Asylcard auch im wohlverstandenen Interesse der rechtmäßig nach Deutschland kommenden Flüchtlinge. Denn sie sollen in Deutschland freundlich aufgenommen werden. Die außerordentlich hohe Bereitschaft der deutschen Bevölkerung, Bedrohten zu helfen, kann aber nur erhalten bleiben, wenn die Zahl der Ausländer abnimmt, die unter Mißbrauch des Asylrechts nach Deutschland kommen und unter mißbräuchlicher Inanspruchnahme von Sozialleistungen hier leben.

## Mißbrauch von Studienaufenthalten zu anderen Aufenthaltszwecken verhindern

**Gemeinsame Erklärung des Bundesinnenministeriums und des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft, Forschung und Technologie zu den Verwaltungsvorschriften über die ausländerrechtlichen Regelungen für ausländische Studenten:**

Für den Entwurf von Verwaltungsvorschriften zu den ausländerrechtlichen Regelungen für ausländische Studierende haben das Bundesministerium des Innern und das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Forschung und Technologie einen gemeinsamen Text für die weitere Abstimmung mit den Ländern vereinbart. Die

gesetzlichen Regelungen selbst bleiben davon unberührt. Bei den Verwaltungsvorschriften geht es darum, für bestehende Entscheidungsspielräume den zuständigen Behörden bundesweit einheitliche Kriterien vorzugeben.

### Der Standort bleibt attraktiv

Nach Auffassung von Bundesinnenminister Manfred Kanther und Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers trägt der Text sowohl der Attraktivität des Studienstandorts Deutschland als auch weiterhin den ausländerrechtlichen Bedürfnissen Rechnung, insbesondere der Vermeidung von Mißbrauch von Studienaufenthalten zu anderen Aufenthaltszwecken.

# Argumente

## Für eine große Steuerreform, die diesen Namen auch verdient

Ein unverzichtbaren Beitrag für mehr Wachstum und Beschäftigung soll die große Steuerreform bringen, die auf den Petersberger Steuervorschlägen der Bundesregierung vom 22. Januar 1997 basiert.

Einkommen- und Körperschaftsteuer sollen umfassend und grundlegend reformiert werden,

- um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu fördern und
- um die Leistungsbereitschaft zu stärken.

### Die Ziele:

#### ● niedriger:

Die Steuersätze sind zu hoch und deshalb leistungsfeindlich. Sie verhindern Investitionen und damit Arbeitsplätze. Die Steuersätze müssen deshalb spürbar gesenkt werden.

**Der neue Eingangsteuersatz soll künftig 15 Prozent statt bisher fast 26 Prozent betragen. Das ist nahezu eine Halbierung.**

**Der neue Höchstsatz soll statt 53 Prozent nur noch 39 Prozent betragen. Dies sind 14 Prozentpunkte weniger.**

Zugleich werden die steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze in Deutschland verbessert, damit vorhandene Arbeitsplätze gesichert und neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

**Der Höchstsatz für gewerbliche Einkünfte soll von 47 Prozent auf 35 Prozent gesenkt werden.**

**Auch der Körperschaftsteuersatz für einbehaltene Gewinne soll künftig 35 Prozent betragen. Der Ausschüttungssatz soll von 30 auf 25 Prozent gesenkt werden,**

um Deutschland für ausländische Investoren attraktiver zu machen.

#### ● einfacher:

Das deutsche Steuerrecht ist viel zu kompliziert geworden. Kaum einer findet sich noch im dichten Geflecht der Ausnahmen zurecht.

Steuerliche Vergünstigungen und Ausnahmen sollen abgebaut werden. Steuerschlupflöcher sollen geschlossen werden, damit mehr Geld zur Schaffung von arbeitsplatzschaffenden Investitionen eingesetzt werden kann.

Steuerhinterziehung und Schattenwirtschaft werden bei niedrigen Steuersätzen unattraktiv.

## ● gerechter:

Der Versuch, mit immer neuen Regelungen den Anliegen einzelner Gruppen zu entsprechen, hat zu Ungerechtigkeiten geführt. Durch den Abbau von steuerlichen Vergünstigungen sollen diese Ungerechtigkeiten sowie unerwünschte Mitnahme-Effekte beseitigt werden.

**Zahlreiche Ausnahmen werden entfallen. Die Möglichkeiten zur Steuervermeidung sollen konsequent begrenzt werden.**

Wer ein hohes Einkommen erzielt, soll entsprechend seiner Leistungsfähigkeit Steuern zahlen: ohne Tricks. Der Ehrliche darf nicht der Dumme sein.

**Mehr Geld in der Tasche: stärkt die Kaufkraft, kurbelt die Wirtschaft an.**

Die Bürger sollen – netto – spürbar entlastet werden. Sie werden dadurch wieder mehr Geld in der Tasche haben. Das stärkt die Kaufkraft und kurbelt die Wirtschaft an. Die Unternehmen stehen im internationalen Wettbewerb um Investitionen und Arbeitsplätze wieder besser da.

**Die SPD will aus der Steuerreform als reine Steuerumverteilung und aus einer Steuersenkung eine Steuererhöhung machen.**

Die CDU will eine große Steuerreform, die diesen Namen auch verdient. Nicht in Frage kommt deshalb: eine Steuerreform nur um der Reform willen.

Ebenso wenig kommen deshalb Kompromisse in Frage, die zu Lasten der Arbeitnehmer und der Arbeitsuchenden, aber auch der arbeitsplatzerhaltenden und arbeitsplatzschaffenden Unternehmen gehen würden. Derartige Kompromisse sind für die CDU weder ökonomisch noch sozial akzeptabel.

Es ist unverantwortbar, wenn die SPD aus einer Steuerreform nur eine Steuerumverteilung und aus einer Steuersenkung eine Steuererhöhung machen will. Das Ergebnis würde unserer Volkswirtschaft schaden.

**Das Ziel der CDU bleibt unverändert:**

- **weniger Steuern,**
- **mehr Arbeitsplätze.**

- **Bundesfinanzminister Theo Waigel:** „Wenn die SPD nur mit ihrer alten Neidkampagne um den Spitzensteuersatz kommt, dann macht es keinen Sinn, weiter zu verhandeln.“
- **Wolfgang Schäuble:** „Natürlich sind auch wir nicht zufrieden, daß eine Steuerreform nicht zustande gekommen ist. Es ist niemand in der Koalition zufrieden, daß die Mehrheit des Bundesrates die notwendige Zustimmung zu dem vom Bundestag verabschiedeten Steuerreformkonzept verweigert hat.“

## Gute Chancen für Ostseehäfen

**Die deutschen Ostseehäfen können in den kommenden Jahren mit einem deutlichen Anstieg ihres Umschlagvolumens rechnen.**

Das ist das Ergebnis einer von Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann in Auftrag gegebenen Studie über Entwicklungstendenzen der Häfen bis zum Jahr 2010.

Eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit erfordere jedoch vor allem in Mecklenburg-Vorpommern noch einen weiteren Ausbau der Infrastruktur. Dabei müßten die deutschen Ostseehäfen in die transeuropäische Verkehrsplanung einbezogen werden.

Untersucht wurden vom Verkehrsministerium die Häfen Wismar, Rostock, Stralsund, Sassnitz-Mukran, Kiel, Puttgarten sowie Lübeck-Travemünde. 1989 betrug der Güterumschlag über diese Häfen 52,6 Millionen Tonnen und lag 1995 bei 49,2 Millionen Tonnen. In den Häfen Mecklenburg-Vorpommerns sind 1989 insgesamt 33,4 Millionen Tonnen umgeschlagen worden. Die Leistungen gingen 1991 um die Hälfte zurück und erreichten danach jährlich durchschnittliche Wachstumsraten von sieben Prozent, so daß der Umschlag 1995 wieder 22,9 Millionen Tonnen betrug.

**D**ie Junge Union Hamburg sucht kurzfristig, möglichst zum 1. März 1998, einen/eine hauptamtlichen/-e

### Landesgeschäftsführer/in

Unsere Geschäftsstelle ist bisher mit einem hauptamtlichen Mitarbeiter und einer Teilzeitkraft mit 12 Stunden in der Woche besetzt.

#### Zu den Aufgaben gehört:

- organisatorische Vorbereitung von allen Veranstaltungen und Aktionen des Landesverbandes
- Unterstützung der Kreisverbände bei ihren Veranstaltungen
- Gestaltung der Internet-Seiten des Landesverbandes
- Unterstützung und Koordination der Arbeit der Funktions- und Mandatsträger des Landesverbandes
- Vorbereitung von Verschickungen

- Führung der Mitgliederverwaltung
- Abwicklung des Zahlungsverkehrs
- und weiteres.

#### Wir erwarten:

- eine abgeschlossene Ausbildung oder einen Studienabschluß
- möglichst Verbandserfahrung
- überdurchschnittliche Einsatzbereitschaft und Flexibilität
- die Bereitschaft, erfolgsorientiert und selbständig zu arbeiten
- EDV-Erfahrung, insbesondere mit Win 95, MS Word, MS Access und vorzugsweise in der Gestaltung von Internet-Seiten.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen, Paßbild, Gehaltsvorstellung und frühestmöglichem Eintrittsdatum an die Junge Union Hamburg, Leinpfad 74, 22299 Hamburg. **Bewerbungsschluß: 12. Februar.**

Generalsekretär Peter Hintze:

## Zwei Männer der ersten Stunde

**Zum 50. Jahrestag der Absetzung von Jakob Kaiser und Ernst Lemmer am 19. Dezember erklärte Generalsekretär Peter Hintze:**

Vor 50 Jahren wurden die Vorsitzenden der CDU in der Sowjetischen Besatzungszone, Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, auf Anweisung der sowjetischen Militär-Administration ihrer Ämter enthoben. Anlaß für die Absetzung war ihre Weigerung, sich an dem von der SED inszenierten „1. Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden“ zu beteiligen. Für Kaiser und Lemmer galt der selbstverständliche Grundsatz, daß Demokraten mit Kommunisten kein wie auch immer geartetes Aktionsbündnis eingehen dürfen.

Jakob Kaiser und Ernst Lemmer gehören zum Kreis jener „Männer der ersten Stunde“, die nach der Katastrophe der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft unter konfessionsverbindendem Bezug auf das christliche Verständnis vom Menschen eine neue, zukunftsweisende politische Grund-

überzeugung entwickelten. Die Berufung auf das christliche Werteverständnis war zugleich eine klare Entscheidung für Personalität und gegen Kollektivismus, für freie Entfaltung der Person und gegen Entmündigung, für Freiheit und Verantwortung und gegen staatliche Gängelung. Diesen von Kaiser und Lemmer mitgeprägten Grundscheidungen ist die CDU bis heute verpflichtet.

In der Sowjetischen Besatzungszone war die CDU die konsequenteste, nach der Vereinigung von KPD und SPD im April 1946 die größte und im Rahmen ihrer Möglichkeiten die wirksamste antikommunistische Kraft. In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß alleine zwischen 1948 und 1953 mindestens 572 Mitglieder der CDU von den sowjetischen Besatzern bzw. Organen der DDR aus politischen Gründen inhaftiert worden sind.

Die CDU Deutschlands bewahrt das Andenken an ihre Gründergeneration in dankbarer Erinnerung.

## Deutsche Manager: EURO find' ich gut

In einer Umfrage des Hamburger „Manager Magazins“ sprachen sich 92% für den EURO aus, nur 8% waren dagegen. Die deutschen Unternehmenslenker sehen ihr Land auch gut gerüstet für den EURO, wie die Umfrage unter 1.475 Führungskräften aus sieben EU-Ländern ergab. 86% der Deutschen erklärten, das eigene Unternehmen sei gut oder sehr gut auf den

EURO vorbereitet. Dagegen sagten 43% der französischen Manager, ihre Firma sei nicht genug vorbereitet. In Italien fühlen sich 70% der Manager gerüstet für das neue Geld. Rund zwei Drittel der Führungskräfte erwarten positive Auswirkungen auf ihre Firma. Ende 1996 hatten erst 56% mit guten Einflüssen auf ihr Unternehmen gerechnet.

Schleswig-Holstein:

## Erstmals EU-Bürgerinnen und -Bürger Mitglieder der CDU

**Der Mitgliederzuwachs beim CDU-Kreisverband Schleswig-Flensburg hält auch in der zweiten Jahreshälfte unverändert an.**

Insgesamt 215 Frauen und Männer aus dem Kreisgebiet haben seit Jahresbeginn ihren Beitritt zur CDU erklärt. Drauf wies der CDU-Kreisvorsitzende Wolfgang Börnsen in einer Sitzung des CDU-Kreisvorstandes in Schleswig hin.

Damit gehöre die CDU Schleswig-Flensburg zu den erfolgreichsten Kreisverbänden in Deutschland, sagte Börnsen. Unter den neuen Mitgliedern sind überdurchschnittlich viele junge Menschen: Rund 60 Prozent sind zwischen 20 und 30 Jahre alt. Die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit ist viel größer als jene, die gern von Politikverdrossenheit reden, wahrhaben wollen, sagte der stellvertretende CDU-Kreisvorsitzende Carsten Thomsen-Bendixen.

Jedes neue Mitglied erhalte ein umfassendes Angebot zur aktiven Mitarbeit, das

von themengebundenen Arbeitskreisen über Informationsreisen bis hin zu Schulungen und Seminaren reichen. Besonders erfreulich nannte Kreisvorsitzender Börnsen die Tatsache, daß erstmals auch Bürgerinnen und Bürger aus Staaten der Europäischen Union Mitglieder der CDU geworden seien. Im Ortsverband Kappeln arbeite ein Italiener und im Ortsverband Harrislee eine Dänin mit.

Darüber hinaus kandidierten auf der CDU-Kreistagsliste eine Holländerin und eine Spanierin.

Das neue Kommunalwahlrecht ist in allen 15 Mitgliedstaaten offen für EU-Inländer. „Wir begrüßen die Bereitschaft der Europäer, bei uns mitzumachen“, erklärte der Kreisvorsitzende. Er wies darauf hin, daß im Kreisgebiet zur Zeit rund 3.000 Ausländer lebten. 2.200 stammten aus der Europäischen Union. Diese hätten bei der Kommunalwahl 1998 erstmals das aktive und passive Wahlrecht. ■

## Hochschuldiplom nach fünfeinhalb Jahren

Die deutschen Hochschüler sind bei Abschluß ihres Studiums durchschnittlich 28 Jahre alt und haben insgesamt fünfeinhalb Jahre studiert. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, schlossen im vergangenen Jahr fast 237.000 Studenten und Studentinnen ihr Studium erfolgreich ab drei Prozent mehr als im Vorjahr.

Fast die Hälfte erwarben ein Universitätsdiplom, jeweils ein Zehntel ging mit einem Staatsexamen für das

Lehramt oder mit dem Dokortitel ab. Die Gesamtstudienzeit an Universitäten betrug im durchschnitt sechseinhalb Jahre. Ein Drittel aller Absolventen erwarb nach knapp fünf Jahren ein Fachhochschuldiplom, die meisten Absolventen sind Juristen, Wirtschafts- oder Sozialwissenschaftler (32%), Ingenieure (22%), Mathematiker und Naturwissenschaftler (15%) oder Mediziner (8,1%).



# Faltblatt: Politik gestaltet Zukunft – Gestalten Sie mit



**D**ieses Faltblatt läßt sich hervorragend z. B. bei Veranstaltungen und Straßenaktionen einsetzen.

Die Außenseiten dieses Faltblattes sind vierfarbig von der CDU-Bundesgeschäftsstelle gestaltet und vorgedruckt. Im Innenteil haben Funktions- und Mandatsträger der Verbände die Möglichkeit, sich mit Foto, Anschrift und Text vorzustellen.

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle übernimmt für Sie das Layout Ihrer Innenseiten und die Drucküberwachung. Dazu benötigen wir von Ihnen:

- maximal 7 s/w Fotos
- Textmenge entsprechend dem Layout
- Adressenliste

- Texte auf Diskette (Winword 2.0/6.0)
- Das Faltblatt ist zu folgenden Preisen erhältlich:
- bei 1.000 Expl.: 278,- DM / je 1.000 Expl.
  - bei 2.000 Expl.: 206,- DM / je 1.000 Expl.
  - bei 3.000 Expl.: 182,- DM / je 1.000 Expl.
  - weitere 1.000 Expl.: 134,- DM
- (Alle Preise jeweils inkl. Versand, zzgl. MwSt.)

Dieses Faltblatt können Sie bei Herrn Geiser, CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113 Bonn bestellen. Sollten Sie zu Gestaltung oder Inhalt des Rahmenflugblattes Fragen haben, rufen Sie bitte an:

**Telefon (02 28) 5 44-3 79**

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
53014 BONN

## Mouse- Pad

So ist die  
Internet-  
Adresse der  
CDU immer  
am PC  
präsent.

Bestell-Nr.:  
**9313**  
Verpackungs-  
einheit:  
5 Expl.  
Preis je  
5 Expl.:  
19,50 DM



**Bestellungen  
an:**

IS-Versandzentrum • Postfach 11 64  
33759 Versmold • **Fax (0 54 23) 4 15 21**  
Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand\*

# UiD

1/1998

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.